

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung der herausgebenden Stelle dar. Sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

ADLAI E. STEVENSON

Das Wichtigste zuerst

Eine demokratische Betrachtung

Den nachfolgenden Artikel haben wir der Januarnummer der amerikanischen Monatsschrift „Foreign Affairs“ mit freundlicher Genehmigung der Herausgeber entnommen.

Die Bewahrung des Friedens ist heute unsere vordringlichste Aufgabe in der Welt. Das ist der universalste Wunsch und die stärkste Macht. Die breite Masse der Menschheit scheint die Idiotie des Krieges und seine Gefahren für die menschliche Rasse weit besser zu begreifen als ihre Anführer. Überall begegne ich Menschen, die sehr wohl zu wissen scheinen, daß all ihre Hoffnungen auf Freiheit und ein besseres würdiges Leben zerstört werden, wenn die Menschheit jemals einen modernen Krieg führt.

Die Vereinigten Staaten gelten als das Ursprungsland der revolutionärsten und ruhmreichsten Auffassungen von menschlicher und politischer Freiheit. Ich habe immer gehofft, daß in diesem revolutionären Zeitalter die Vereinigten Staaten, die zuerst das Atom spalteten, mit unermüdlischer und unbezähmbarer Furchtlosigkeit sich für die Sache des Friedens einsetzen würden. Und ich glaube immer noch, daß ein Aufgreifen und leidenschaftliches Verfolgen dieser Aufgabe das Hauptanliegen der amerikanischen Außenpolitik sein sollte.

Warum haben wir nicht wirklich die Führung der Nachkriegswelt seit dem Korea-Krieg in die Hand genommen? Warum befürchten viele Amerikaner, daß wir den Sinn für unsere nationale Aufgabe verloren haben? Warum herrscht Unsicherheit in bezug auf geistige und moralische Werte? Warum sind wir nur so lau in der Behandlung von Fragen des öffentlichen Lebens, und warum zieht man sich allgemein auf die Freuden des Privatlebens zurück? Warum ist der Ausgleich unseres Budgets ein größeres nationales Anliegen als Selbstverleugnung und mühevoller harte Arbeit? Haben wir Wohlstand mit Sicherheit verwechselt? Warum entsteht ein wachsendes Unbehagen über den Gegensatz zwischen einer Gesellschaft wie der der Sowjets, die an ihre Bestimmung glaubt, und unserer eigenen, die sich selbst als erfüllt anzusehen erscheint?

Persönlich bin ich der Auffassung, daß der Haken nicht bei der Energie oder dem Lebenswillen der Nation zu suchen ist; und wenn Reichtum und Komfort uns verweichlicht haben, so glaube ich ganz sicher, daß dieser Fehler wieder behoben werden kann. Die Wurzel des Übels liegt in Folgendem: Die Nation steht einer Reihe gewaltiger Veränderungen auf der Weltbühne gegenüber; diese erfordern neue Wege der Weltanschauung; neue Richtlinien; vermehrte Anstrengungen. Aber seit Korea hat unsere politische Führung diese Tatsache nicht klar und

eindeutig genug erkannt. Somit hat sich Amerikas Politik immer weiter von der Wirklichkeit entfernt. Unangefochten von diesen Erkenntnissen haben die Amerikaner ihre Energie und ihren Idealismus zweitrangigen Angelegenheiten zugewandt.

Die hauptsächlichen Richtlinien der amerikanischen Militär- und Außenpolitik sind noch die gleichen wie 1947–1952. Obgleich die Herren Dulles und Eisenhower einen Kreuzzug für eine „Befreiungs-

INHALT

- Adlai E. Stevenson:
Das Wichtigste zuerst
- George F. Kennan:
Friedliche Koexistenz
- Dean G. Acheson:
Die Gefahr des Verhandeln mit Moskau

politik“ unternahmen, und „Beschaulichkeit“ als „unmoralisch“ brandmarkten, so sollte doch ihre Politik eine Kette von militärischen Bündnissen um den Kommunismus legen, und versuchen, wo immer die Ausbreitung der Sowjetmacht drohte, sie in Schranken zu halten. Sonderbarerweise entsprach Mr. Dulles' Glaube, daß der Kommunismus sich durch seine eigenen internen Widersprüche auflösen würde, Lenins Überzeugung, daß es dem Kapitalismus genauso ginge.

Um jedoch solch einen Ausdauer-Wettbewerb zu gewinnen, müssen wir die größere Ausdauer haben. Aber anstatt sich ernsthaft um die Verbesserung oder Erhaltung des Gleichgewichts zu bemühen, und jede Zermürbung oder sonstige uns günstige Veränderung auf sowjetischer Seite zu nutzen, haben wir den Schwerpunkt auf eine konservative Politik gelegt und auf allen Fronten zurückgesteckt, während die Sowjetunion und andere Industriestaaten im Geschwindigkeit vorandrängten.

Kurz, wenn auch unsere Regierung Dulles' Außenpolitik akzeptierte, so unternahm sie nichts zu ihrer Verwirklichung. Und es ist tatsächlich noch nicht lange her, daß Vizepräsident Nixon meine Warnung vor der

sowjetischen Zuwachsrates als unloyal bezeichnete. (Sie ist jetzt doppelt so groß wie die der Vereinigten Staaten.)

So war zum größten Teil die Reaktion der Vereinigten Staaten auf die ungeheuren Veränderungen dieses Jahrhunderts rein negativ und defensiv. Eine Verwaltung, die die Niedrighaltung des Budgets als vorrangigste Aufgabe bezeichnet, hat sich mit den neuen Gegebenheiten mehr rhetorisch als durch Taten auseinandergesetzt. Der Widerwillen, die Wirklichkeit zu erkennen, hat in fortschreitendem Maße das amerikanische Ansehen in der Welt untergraben. (Manchmal danke ich Gott für die Russen — ihr rapider Fortschritt kann vielleicht auch bei uns wirtschaftlichem Wachstum, Mut zum Risiko und Abenteuergeist wieder Ansehen, wenn nicht gar Achtung verschaffen.)

Doch ist es nicht meine Absicht, mich anklagend über die kleinen Ziele und großen Sorgen der Eisenhower-Dulles-Ära zu äußern. Die Dinge mußten sich wandeln, und ich kann Staatssekretär Herter aufgrund der neuerlichen Anzeichen von mehr Unternehmungsgest und Geschmeidigkeit in der Führung unserer Außenpolitik nur zustimmen. Ich hoffe jedoch, daß wir Amerikaner die offiziellen Reisen des Präsidenten zu Verhandlungen und Übereinkommen nicht falsch auffassen.

Welches sind nun alle die Realitäten, denen wir uns in diesem Zeitalter vieler Umwälzungen stellen müssen? Die alte koloniale Ordnung ist fast vergangen. Neue Nationen — und neue Weltreiche — ringen darum, die entstandene Lücke in einer gewaltigen politischen Revolution auszufüllen. Die meisten dieser neuen Nationen trachten danach, mit ihrer Wirtschaft die Schallmauer der Modernisierung in wenigen Jahrzehnten zu durchbrechen. Das ist die wirtschaftliche Revolution. Aber dies geschieht vor dem Hintergrund einer explosionsartig sich vermehrenden Bevölkerung, die die Einwohnerzahl der unterentwickelten Gebiete in der nächsten Generation verdoppelt haben wird. Das ist die biologische Revolution. Mittlerweile haben uns Überschall-Flug, Atomenergie und Rakete zwei entgegengesetzte Möglichkeiten gleicher Größenordnung eröffnet — die Erforschung des Planetenraums und die Selbstausrottung auf diesem Planeten. Das ist die wissenschaftliche Revolution.

Wir vermögen nicht zu erkennen, was in diesem verwirrenden Jahrhundert vor uns liegt, aber vielleicht ist es deshalb umso bedeutender. In der Vergangenheit beherrschten die Nordatlantik-Nationen die Welt. Aber aufgrund ihrer Unfähigkeit sich selbst im Zaune zu halten, mußten sie nach ihren großen Weltkriegen ihre Macht und ihren Einfluß in Europa aufgeben; Rußland und Amerika tauchten plötzlich als die führenden Mächte auf. Doch ist der kurze Tag der Zwei-Mächte-Herrschaft schon im Schwinden und neue Machtzentren steigen aus der alten Asche Asiens. China und Indien werden am Ende dieses Jahrhunderts industrialisiert sein, und die Bevölkerung Chinas wird fast eine Milliarde erreicht haben. Wenn dann Europa stärker vereint ist, wird es auch wieder als ein großes Machtzentrum auftauchen. Und wer zweifelt daran, daß der regionale Zusammenschluß ebenso in Latein-Amerika und dem aufbrechenden Afrika stattfinden wird?

Somit ist dies weder der Beginn des amerikanischen Jahrhunderts noch irgend eines anderen. Wir müssen nur immer klar erkennen, daß wir Amerikaner nicht lange allein in der Mitte der Bühne stehen werden — und daß Bescheidenheit immer eine Zier ist. Unsere Tradition verlangt zwar nicht, daß wir der Herr der Welt sein sollen, aber sie verlangt von uns, daß wir die großen Überlieferungen politischer Freiheit und gesetzlicher Ordnung, die der westlichen Gesellschaft zugrunde liegen, kraftvoll lebendig erhalten.

Uns durch diese unbekanntenen Meere zu führen, die gewaltigen Mächte, die jetzt die neue Welt formen, zu verstehen und zu leiten, wird äußerste Anforderungen an unsere Klugheit, Führungskraft, Selbstdisziplin und unseren Großmut stellen. Ich möchte behaupten, daß diese Realität an den Anfang der Liste gehört, weil es sich noch nicht erwiesen hat, ob die Überzeugungskraft demokratischer Ideen der Wirksamkeit zentraler Planung und Diktatur die Stange halten kann.

Mannigfaltige und universale Umwandlung bildet somit den Rahmen für die Politik dieses Zeitalters. Eine andere Tatsache, die wir nur

zögernd zugeben, liegt in dem Vorteil, der sich den Kommunisten hierdurch bietet. Sie haben die Weltrevolution nicht erfunden. Sie wurden sämtlich — bewußt oder unbewußt — im Westen vom Stapel gelassen. Aber der Kommunismus, in sich schon eine Philosophie des Umsturzes, versteht sie im weitesten Umfang auszunutzen. Er benutzt den gesamten anti-imperialistischen Jargon und ruft die Verbrüderung der — kommunistischen — Menschheit aus. Zu unserer bleibenden Beschämung hat er den Weg über die Grenzen des Weltraums gewiesen und sogar die sowjetische Flagge auf dem Mond gehißt. Der Kommunismus bezeichnet seine eigene durchgreifende totalitäre Planung als den einzigen Ausweg aus wirtschaftlichem Stillstand, und das sowjetische Beispiel von Modernisierung und schneller Machtzunahme findet ein mächtiges Echo bei rückständigen Ländern.

Herr Chruschtschow legt seine Absichten offen dar: Er sagt, wir wollen die Waffen niederlegen, und wir werden euch in friedlicher, wetteifernder Koexistenz schlagen. Er sagt weiter, daß Rußland die Vereinigten Staaten in der Produktion überflügeln wird, und daß die neutralen Staaten, einer nach dem anderen, sich einreihen werden, während das kommunistische System sich über die ganze Welt ausbreitet, um zum Schluß den letzten Zufluchtsort des Kapitalismus in den Vereinigten Staaten zu umklammern und zu isolieren. Die sowjetischen Plänemacher erwarten (wie in China), daß die nicht-kommunistischen Regimes in Asien, im Nahen Osten, in Afrika und Teilen von Latein-Amerika ihre Probleme der Modernisierung der Wirtschaft nicht allein lösen können und somit sich der kommunistischen Alternative zuwenden zweifellos angetrieben durch den kommunistischen Handel, die Wirtschaftshilfe und die Infiltration.

Dies ist meiner Überzeugung nach der Weg zur Weltmacht, der von den Sowjets jetzt als der sicherste und zuverlässigste angesehen wird. Und ich war stark beeindruckt von Herrn Chruschtschows Zuversicht, die er in seinem eigenen wie auch in unserem Lande an den Tag legte, daß die Geschichte für ihn arbeite, und daß das System, unter dem Rußland so schnell stark wurde, auch von anderen Ländern befolgt werden müsse. Wir haben uns seinerzeit geweigert zu glauben, daß Hitler meinte, was er sagte — sehr zu unserem Schaden. Wir sollten nicht noch einmal den gleichen Fehler begehen.

Für mich bedeuten die beiden gefährlichsten Realitäten, denen wir gegenüberstehen: die Vermehrung der nuklearen Waffen und die Ungleichheit des Lebensstandards zwischen reichen und armen Nationen. Mein Vorschlag ist, den Krisen unserer Zeit auf vier Hauptgebieten zu begegnen: Erstens, wir müssen die wachsende Kluft zwischen Reichtum und Armut schließen. Zweitens, dabei müssen wir neue überationale Organisationen und Institutionen zur Zusammenarbeit schaffen. Drittens, solange es nukleare Waffen gibt, besteht auch die Gefahr ihrer Anwendung. Wir müssen für eine dem Gesetz und einer organisierten Polizeimacht unterworfenen Abrüstung in der Welt sorgen — die einzige und endgültige Antwort auf die Androhung eines vernichtenden Krieges. Und zuletzt müssen wir, soweit es in unserer Macht liegt, die Idee von einer offenen, friedvollen Welt verbreiten. Denn es liegt in unserer Billigung individueller und verschiedenartiger Lebensformen, die wir miteinander in Harmonie bringen und nicht unterdrücken wollen, begründet, daß wir unsererseits nicht nur im Zuge der Geschichte arbeiten, sondern auch im Einklang mit der naturgegebenen Verschiedenartigkeit der Menschen. Wir glauben fest, daß in diesem langen Wettbewerb die Totalitären allmählich eher zu unserer Art des Denkens bekehrt werden als wir zu ihrer. Unser Ziel ist, nicht nur einen kalten Krieg zu gewinnen, sondern ein kalte Welt zu überzeugen.

Dies sind natürlich sehr allgemeine Feststellungen. Wir können sie in die Politik nur durch besondere Anwendung und Verhandlungen übertragen. Einige der Ziele können wir mit gleichgesinnten Nationen verfolgen, und wir sollten sie sofort mit ihnen in Angriff nehmen. Andere sind von der Zustimmung der Kommunisten abhängig, und es können Jahre stoischer Verhandlungen darüber hingehen.

Mit der Durchführung unserer eigenen schöpferischen Politik ist meiner Meinung nach im Westen ein kluger Anfang gemacht worden — nicht nur einer negativen Politik, um den Kommunismus aufzuhal-

ten, sondern einer Politik, die unsere Anschauung einer lebensfähigen Gesellschaftsordnung und unsere tolerante Auffassung der Revolutionen, die wir durchleben, widerspiegelt. Die freiwillige Beendigung des Kolonialismus der meisten westlichen Kolonialmächte, der Marshall-Plan, Europas Schritte zur Vereinigung, und die verschiedenen Programme wirtschaftlicher Hilfeleistungen sind bereits schöpferische und anerkanntswerte Neuerungen des Westens nach dem Kriege.

Wissen wir einmal was wir wollen, kennen wir unsere Ziele, dann müssen wir sie auf alle Fälle mit der gleichen Entschlußkraft und Opferwilligkeit verfolgen, wie die Kommunisten es mit ihren Zielen tun. Eine Abstimmung der Ziele wird nicht einfach sein im Hinblick auf die Spaltung zwischen den Westmächten, verbunden mit der Tatsache, daß Rußland Ostdeutschland verwaltet und deshalb bei einer möglichen deutschen Wiedervereinigung ein Wort mitzureden hat. Vermutlich wird es äußerst schwierig sein, unsere Ziele entschlossen zusammen mit unseren Partnern zu verfolgen. Denn in „Friedenszeiten“ sind Demokratien in einem besonderen Nachteil. Unmittelbare innere Angelegenheiten haben den Vorrang gegenüber fernen nationalen Zielen. Selbstsucht und Gedankenlosigkeit führen die Menschen stets auf den bequemsten Weg, und zu viele ehrgeizige Politiker stellen ihr Amt vor ihre Pflicht. Wir können aber nicht ausschließlich von Straßenkreuzern, Fernsehgeräten und einem „gesunden Dollar“ leben. Irgendwie müssen wir unseren Blick zu dem Niveau der Aufgaben emporrichten. Ich will versuchen, auf einige dieser Aufgaben hinzuweisen.

Wirtschaftliche Entwicklung

Das jährliche Durchschnittseinkommen in den Vereinigten Staaten beträgt mehr als 2000 Dollar gegenüber weniger als 100 Dollar für ein Drittel der Gesamtbevölkerung der Erde. Und das Schlimmste bei dieser Ungleichheit ist, daß die reichen Nationen reicher und die armen ärmer werden. Glücklicherweise hat sich allmählich hier und bei unseren Freunden die Erkenntnis entwickelt, daß dies die entscheidenden Gebiete sind, und daß wir den unterentwickelten Völkern helfen müssen, zu einer sich selbst erhaltenden Größe anzuwachsen und dabei ihre Unabhängigkeit und die Hoffnung auf Entfaltung einer politischen Demokratie zu bewahren. Ohne die Alternative kommunistischer Entwicklungsmethoden begegnen wir tatsächlich schlimmen Aussichten in den armen Ländern, wo die Bildung gering und der Hunger groß ist und wo die Kluft zwischen den Hilfsquellen und der Überbevölkerung sich ständig erweitert.

Fünf Vorbedingungen auf dem Wege zum Erfolg sind meiner Ansicht nach eindeutig dargelegt. Dieses Programm wird uns mindestens 40 Jahre lang in Anspruch nehmen. Wir brauchen einen Stab von Fachkräften mit entsprechenden Sprachkenntnissen und der notwendigen Gewandtheit für das neue Wirkungsfeld. Nach unterrichteter Meinung werden wenigstens 5 Milliarden Dollar im Jahr gebraucht, aus allen öffentlichen wie privaten Quellen, aus dem In- und Ausland. Alle unsere Bemühungen müssen mit denen anderer Nationen in Einklang gebracht werden – nicht nur was Investitionen an betrifft, sondern auch Handelsmöglichkeiten usw. Um größtmögliche Ergebnisse zu erzielen, müssen die entwickelten Nationen alle zusammenarbeiten. Ganz bestimmt ist es jetzt auch für andere Länder an der Zeit, einen größeren Anteil an den allgemeinen Hilfeleistungen auf sich zu nehmen. Unter diesen Umständen können die Vereinigten Staaten natürlich keine ausschließliche Kontrolle über die Anwendung all ihrer aufgebrauchten Gelder für Entwicklungszwecke haben.

Diese fünf Bedingungen sind noch nicht überall ganz verstanden, geschweige denn gebilligt worden. Man spricht es ganz offen aus: falls die Kommunisten sich ruhig verhalten, könnte das wirtschaftliche Entwicklungsprogramm gestrichen werden. Die Folgen sind zum Teil, daß unsere Bemühungen um einen Stab wirklicher Fachkräfte mehr zufällig sind, unsere Sprachprogramme unzulänglich, und so viele konkur-

rierende Dienststellen entstehen, national wie international, daß die politischen Ziele Gefahr laufen sich von vornherein festzufahren, zu verwirren und sich auf dem Wirkungsfeld zu überschneiden.

Ich bedaure, daß die Regierung im letzten Winter einen Vorschlag des „Senate Foreign Relations Committee“ über ein Darlehen von ungefähr 1 1/2 Milliarden Dollar auf ungefähr 5 Jahre zurückgewiesen hat. Europa sollte angesichts seines Wohlstandes und noch anhaltender Dollarhilfe eine entsprechende Summe aufbringen. Mit einer Summe von 3 Milliarden Dollar im Jahr für gemeinnützige Investitionen, mit Hilfe der Geschicklichkeit und reichen Erfahrung des Westens, und in Zusammenarbeit mit der Weltbank, dem „Monetary Fund“ und der neuen „International Development Association“, sollten wir doch imstande sein, eine wirksame Attacke auf alle Flanken der Rückständigkeit wie Kapitalmangel, Mangel an Kenntnissen, zu geringen Reserven, Export eines einzigen Ernteprodukts und schwankende Weltmarktpreise zu führen.

Es ist schwer, dem einen oder anderen Vorrangstellungen einzuräumen, aber ich glaube, man ist sich allgemein darüber einig, daß die gesamte politische Zukunft des freien Asiens von dem Erfolg des großen indischen Experiments abhängt. Ebenso sicher liegt auch die Notwendigkeit für schnellere Modernisierung und bessere wirtschaftliche Zusammenarbeit in Latein-Amerika klar auf der Hand. Und die Vision eines gemeinsamen Marktes für die westliche Hemisphäre ist sogar noch erregender, weil sie auf einen Wirtschaftszusammenschluß der gesamten nicht-kommunistischen Welt weist.

Jahrelang habe ich darauf gedrungen, daß die Vereinigten Staaten die wirtschaftliche Entwicklung auf die gleiche Dringlichkeitsstufe stellen wie die nationale Verteidigung, um andere fortschrittliche Länder dazu bringen, sich mit vereinten Kräften anzuschließen. Daß wir tatsächlich kein solch gemeinsames Programm für Investitionen und wirtschaftlichen Aufbau in der Welt haben, entspringt zum Teil einer anderen Schwäche: unserem Versagen beim Aufbau einer organischen Atlantischen Gemeinschaft mit gemeinsamen Institutionen und gleichen Zielen. Der Geist, der seit 10 Jahren jede NATO-Konferenz heimsucht, ist der Geist des Kaisers ohne Kleider. Der „Rat der Weisen“, die einzelnen Beschlüsse – alle haben sie von den positiven Aufgaben der NATO gesprochen. Und wir müssen sie immer noch finden. Und was noch schlimmer ist, sogar der gegenwärtige Stand der Einheit ist im Schwinden begriffen.

Die Atlantische Gemeinschaft

Unter der Oberfläche gibt es gefährliche Widersprüche innerhalb unserer Allianz. Sie sind weder durch zeremonielle Reisen, noch durch übereilte diplomatische Vorbereitungen für Zusammenkünfte mit Herrn Chruschtschow auszumergen.

Die Versöhnung Frankreichs mit Deutschland ist ein historischer Erfolg der Nachkriegsdiplomatie. Der Gemeinsame Markt ist eine schöpferische Leistung, sich im Streben nach wirtschaftlichem und sozialem Wohlstand und endgültiger politischer Einigung über engstirnigen Nationalismus hinwegzusetzen. Aber der Preis ist hoch, wenn Frankreich, in engerer Verbindung mit Deutschland, von England abrückt, und wenn der Gemeinsame Markt der Sechs Nationen und die Freihandelszone der Sieben Europa in rivalisierende Handelsgruppen hinter neuen wirtschaftlichen Schranken, die nicht nur den Handel, sondern auch die Politik erschweren, spaltet. Auch berühren diese Teilungen Europa nicht allein. Die Schwierigkeiten werden sich bis nach Afrika hin bemerkbar machen, als ein letztes strittiges Vermächtnis des Kolonialismus.

Ich glaube, die amerikanische Politik hat ein aufrichtiges Interesse an der Überwindung dieser wachsenden Spaltungen. Wir sollten den Sechs und den Sieben eine Wiederaufnahme der Verhandlungen über

eine Milderung der Tarifunterschiede und Liberalisierung des Handels eindringlichst empfehlen. Die Vereinigten Staaten und Kanada sollten ebenfalls systematisch mit den Sechs und den Sieben zusammenarbeiten, und ihren Einfluß vergrößern und weitgehendst nutzen, um in gemeinsamer Hilfe die hartnäckigen Probleme der Handelspolitik, einschließlich solcher Fragen wie der Stabilisierung von Preisen für Gebrauchsartikel, bei denen die industrialisierten Länder notwendigerweise die Führung übernehmen müssen, zu lösen. Die letzten drei oder vier Jahre haben gezeigt, wie sogar unser eigener Handel vom Gedeihen Europas abhängig wird, und wie die Maßnahmen auf jeder Seite des Atlantiks die übrige Gemeinschaft lebenswichtig beeinflussen. Die ungünstige amerikanische Zahlungsbilanz und die Besorgnis um die amerikanischen Reserven führen bereits zu einer erneuten Isolierung, zum Protektionismus, zu verminderter Auslandshilfe und weiteren Spaltungen unserer Einheit und Stärke. Die „Buy American“-Politik der Regierung wird sich nur geringfügig auf unseren Export auswirken, und sie verstößt außerdem, im selben Moment wo sie angenommen wird, gegen die Richtlinien des freien Handels und der Zahlungspolitik, die wir unseren Verbündeten aufgedrängt haben.

Ebensowenig können wir der kommunistischen Herausforderung mit einem schwächeren militärischen Abschreckungspotential begegnen. Wenn wir zu sehr ins Hintertreffen geraten, oder unsere militärische Stärke verringern — ohne gleichwertige sowjetische Konzessionen — dann müssen wir womöglich erfahren, daß Herr Chruschtschows Interesse an Verhandlungen nachläßt. Wir dürfen die Russen nicht mit Schwäche in Versuchung führen. Die Möglichkeit, daß sie mit einem einzigen Schlag unsere Vergeltungskraft vernichten könnten, darf für sie niemals in den Bereich des Möglichen kommen. Und sogar dann bleibt uns nur die einzig sichere Annahme, daß die Sowjetunion immer nur da Gewalt anwendet, wie z. B. in Ungarn und Ostdeutschland, wo keine Gefahr für einen allgemeinen Krieg besteht. Wie ich Herrn Chruschtschow sagte, gleiche Stärke und gleiches Risiko sind die einzigen Ausgangspunkte für Abrüstungsverhandlungen.

Bei dem Versuch, das militärische Gleichgewicht in der Schwebelage zu halten, in der Hoffnung auf eine Wende dieses sinnlosen und kräftezehrenden Wettrennens, sollte Westeuropa ebenfalls eine ausgedehntere Rolle spielen und einen größeren Teil dieser Bürde übernehmen. Die gemeinsame Kontrolle und der gemeinsame Gebrauch von Atomwaffen ist jetzt vielleicht das beste Mittel, die strittige, kostspielige und fruchtlose Wiederholung nuklearer Versuche zu verhindern. Keine einzige europäische Nation ist in der Lage, mit ausreichenden Verteidigungsmaßnahmen der sowjetischen Drohung gegenüber zu treten und sollte es auch nicht versuchen. Wir müssen mit wachem, energischem Blick an unsere gemeinsamen militärischen Probleme herangehen. Ich sehe nicht ein, warum wir nicht die Lasten für die Marine, für nukleare und konventionelle Waffen wirtschaftlicher und geschickter aufteilen können. Das Ziel sollte ein voneinander abhängiges Militärsystem sein, in dem die Aufgaben einer jeden Nation zur vollen Entfaltung ihrer wirtschaftlichen und technischen Möglichkeiten gesteuert werden.

Wir wollen nun die Tatsache unserer gegenseitigen wirtschaftlichen, militärischen und politischen Abhängigkeit einmal formal anerkennen. Ein Atlantischer Rat, mit wirklicher Vollmacht, könnte die gemeinsamen Richtlinien unserer Verantwortlichkeiten festlegen, und sich dabei auf eine echte und gleiche Partnerschaft zwischen den Vereinigten Staaten und Westeuropa stützen; eine Partnerschaft, erleichtert durch unsere Erfolge in der Vergangenheit — insbesondere in bezug auf den Marshall-Plan — die durch die größte Herausforderung aller Zeiten heute geradezu erzwungen wird.

Ich schlage eine Nordatlantik-Konferenz vor, um neue allgemeine Richtlinien für Verteidigung, Abrüstung, Weltraumforschung, Finanzreserven, Tarife, eine ausgedehntere Wirtschaftssphäre, Hilfe für die unterentwickelten Länder zu geben. Und das wird hoffentlich unter erneuter Zugrundelegung der Erfahrungen mit der NATO und anderen Organisationen geschehen. Ich meine, Europa sollte zur Schaffung solcher neuen Organisationen, die sich mit unseren großen und stetig anwachsenden Problemen zu befassen haben, und somit eine systematischere Zusammenarbeit des Westens fördern, die Initiative ergreifen.

Ich habe immer wieder darauf gedrungen, daß die Nationen, die von den Vereinigten Staaten wirtschaftliche Unterstützung erhielten, einen weit größeren Anteil der Lasten zur Hilfe der unterentwickelten Länder übernehmen sollten.

Die umfangreiche Aufgabe, große Truppeneinheiten in Übersee zu halten, ist eine schwere Belastung und erhöht Amerikas Defizit in der Zahlungsbilanz. Unsere europäischen Verbündeten sollten jetzt eine größere Verantwortung zur Verteidigung des Westens übernehmen.

Während unser Defizit in der Zahlungsbilanz vielleicht nur ein untergeordnetes Problem ist, so sind es die Liquiditäts-Schwierigkeiten der Handelstaaten nicht, und der Westen sollte sich beeilen, diesen Mangel schnellstens zu beheben.

Eine systematische atlantische Zusammenarbeit würde den Westen mehr als stärken. Ein solches System würde den anderen Gebieten — Lateinamerika z. B. oder Afrika — Wege zeigen, wie man politische Autonomie mit übernationaler Zusammenarbeit kombinieren kann. Auf jeden Fall müssen wir darauf achten, daß die Zentrifugalkräfte, immer am Werk bei geteilten Nationen, uns nicht noch weiter auseinanderreiben. Eins aber steht fest: Gespalten und in Unordnung können wir nicht mit der kommunistischen Herausforderung fertig werden.

Rüstungskontrolle

Eine stärkere Atlantische Gemeinschaft wird vor allen Dingen den Weg zu Frieden und Abrüstung weisen. Die Folgen von Krieg und einem nuklearen „Patt“ (stalemate) werden sowohl in Moskau als auch in Washington klar erkannt. Nach Gesprächen mit Herrn Chruschtschow in Rußland und Amerika habe ich das bestimmte Gefühl, daß sich einige der erstarrten kommunistischen Auffassungen wandeln; wenigstens scheinen einzelne kommunistische Führer zu dem Schluß gekommen zu sein, daß die „kapitalistischen“ Länder nicht in jeder Hinsicht dem marxistischen Schema von Elend und Verzweiflung entsprechen. Herr Chruschtschow hat sogar seine Meinung über die allgemeine kommunistische Auffassung geändert, daß die Vereinigten Staaten ihre Rüstungsausgaben ohne Auslösung einer Depression nicht kürzen könnten. Ich gestehe, daß ich sehr ungehalten werde, wenn ich höre, wie manche meiner Landsleute weniger Vertrauen zur Elastizität unserer Wirtschaft haben als Herr Chruschtschow, und das besonders in Hinsicht auf so manche ungelöste Aufgabe bei uns, an die wir mit aller Tatkraft herangehen sollten.

Je mehr die Kommunisten von der Wirklichkeit der westlichen Gesellschaft zu sehen bekommen, desto besser für die Wahrheit und umso besser für uns. Da ich um die erschreckende Finsternis, in der die meisten Russen leben müssen, weiß, halte ich eine größtmögliche Erweiterung der Austauschprogramme und kulturellen Kontakte für äußerst günstig. Ich würde es sehr begrüßen, wenn die Vereinigten Staaten die Initiative für eine Zusammenarbeit westlicher und östlicher Arbeitskreise aufbrächten. Das Prinzip des Geophysikalischen Jahres sollte zu einer gemeinsamen internationalen geophysikalischen Kommission ausgebaut werden. Weitere Gebiete wären die Erforschung und Kontrolle der Antarktis, Ozeanographie, wissenschaftliche Untersuchungen auf dem Gebiet der Medizin und Atomenergie, Erforschung des Weltraums und selbst gemeinsames Vorgehen auf bestimmten Gebieten der Wirtschaftshilfe. Eine solche Gemeinschaft von Gelehrten und Technikern könnte auch noch mehr tun, als den Kommunisten über die Wahrheit westlichen Lebens und über die Möglichkeiten einer freien, friedlichen Gesellschaftswelt die Augen zu öffnen. Sie könnte der Vorläufer für eine übernationale Zusammenarbeit und internationale Kontrollorgane sein.

Es ist durchaus nicht schwierig herauszufinden, warum den Russen der Friede nach der Trostlosigkeit und Zerstörung durch zwei Weltkriege so kostbar ist. Dazu kommt noch, daß sie jetzt viel zu verlieren haben, und sie finden in immer größerem Maße Gefallen an einem

guten Leben. Dem Vernehmen nach betragen die sowjetischen Verteidigungslasten ungefähr 25 Prozent des Staatseinkommens, gegenüber 10 Prozent bei uns. Für eine Reduzierung ihrer Verteidigungslasten haben die Russen somit einen weiteren schwerwiegenden Grund: Menschen und Mittel müssen frei werden, um die Lebensbedingungen der seit langem leidenden Russen zu verbessern und das sowjetische Potential für wirtschaftlichen Wettbewerb und den umfassenden Kampf um die Länder, die sich im Ost-West-Konflikt noch nicht entschieden haben, zu stärken.

Ich bin überzeugt, daß wenigstens einige der russischen Führer darauf bedacht sind, den Versuchen und Entwicklungen mit nuklearen Waffen Einhalt zu gebieten, ehe die Gefahr noch unkontrollierbarer wird. Aber ich wünschte, ich könnte in bezug auf eine gleiche Bereitschaft der Sowjetunion zu Inspektion und Kontrolle, mit dem Ziel einer allgemeinen Waffenreduzierung und womöglich totaler Abrüstung, optimistischer sein. Ich vermute, es ist noch ein weiter Weg bis zur Wendung der Sowjetunion von einer abgeschlossenen zu einer offenen Gesellschaft. Immerhin sollten wir Herrn Chruschtschows Abrüstungsvorschläge nicht vorzeitig und zynisch als unlautere Propaganda abtun. Es geht nicht darum, ob die Kommunisten es aufrichtig, sondern ob sie es ernst meinen.

Die Wurzel der Ost-West-Spannung ist die Angst. Dabei ist es unwesentlich, ob sie vernünftig oder unvernünftig, gerechtfertigt oder nicht gerechtfertigt ist. Sie existiert, und den Völkern, besonders den Amerikanern und den Russen ist jahrelang diese Angst voreinander — Verkörperung des Teufels — beigebracht worden. Waffen sind ein Symptom für Angst und Spannungen zwischen den Nationen. Aus diesem Grund — so lautet ein Argument — sei eine Abrüstung vor Behebung der politischen Schwierigkeiten und Wiederherstellung des Vertrauens unmöglich.

Hier erhebe ich Einspruch. Meiner Meinung nach ist das Wettrüsten mit nuklearen Waffen der Massenvernichtung ein neues Element und in sich schon ein Grund zu weiterer Spannung. Selbstverständlich müssen wir, wie ich bereits ausführte, dauernd versuchen unsere Beziehungen durch Austauschprogramme, Verhandlungen, gemeinsame Projekte, Handel und wenn möglich Übereinkommen zu verbessern. Doch wird die Angst nicht verschwinden bevor nicht das Wettrüsten aufhört. Wir müssen an all diese Dinge gleichzeitig herangehen. Wie Mr. Selwyn Lloyd in dem britischen Plan für eine umfassende Abrüstung, der dem Vorschlag von Herrn Chruschtschow vorausging, ausführte: *„Wenn wir zu einer politischen Klärung kommen, dann werden die Abrüstungsvereinbarungen leichter; und wenn wir zu einer Abrüstungsvereinbarung kommen, dann wird die politische Klärung erleichtert.“*

Nachdem, was Herr Chruschtschow zu mir sagte, ist er meiner Auffassung nach der gleichen Ansicht. Und ich schöpfe neuen Mut, da mir von vielen Seiten eine ehrliche Besorgnis der Russen über die politischen und technischen Gefahren und über die Kosten, die der UdSSR entstehen, wenn man das Wettrüsten unbegrenzt fortführt, bewiesen wurde. Darüber hinaus gibt die Abrüstungserklärung der Vereinten Nationen — mirabile dictu, von den Vereinigten Staaten wie von der Sowjetunion anerkannt — zu, daß eine Abrüstung das Vertrauen zwischen den Nationen fördern würde, und erklärt weiter, daß die Abrüstung die wichtigste Frage ist, mit der sich die Welt heute auseinandersetzen muß.

Kurz, es hat den Anschein, als ob die Abrüstungskontrolle wieder an oberster Stelle der Tagesordnung steht, wo sie auch hingehört. Leider haben die Vereinigten Staaten die Führung weder übernommen noch gehalten, wie ich es in der Präsidentschaftswahlkampagne 1956 dringend vorgeschlagen habe. Der kürzliche Vorschlag einer unserer führenden Persönlichkeiten, daß die Vereinigten Staaten unterirdische Atomversuche wieder aufnehmen sollten, gerade als eine erste Unterbrechung in der festgefahrenen Waffenfrage möglich zu sein scheint, hat mich einfach entsetzt. Ich könnte mir kaum bessere Mittel und Wege vorstellen, um den politischen Himmel zu verdunkeln, ein falsches Bild unseres Friedenswillens zu geben und die kommunistische Propaganda zu untermauern, daß sie die Friedensbringer und wir die Kriegshetzer seien. Wir sollten in weit größerem Umfang an die Einstellung unserer

Versuche herangehen, so lange noch Verhandlungen auf Vertrauensbasis geführt werden und Rußland eine gleiche Versuchs-Einstellung durchführt. Das rechte Vertrauen bei den Verhandlungen ist entscheidend, weil eine unbegrenzte Einstellung der Versuche schließlich zu einem Versuchsverbot führt und dann eine Inspektion hinfällig wird.

Ob Herr Chruschtschow und seine Genossen im Kreml es wirklich ernst meinen, hängt von der Zustimmung zu zwei Hauptpunkten ab: a) konventionelle und nukleare Abrüstung muß Hand in Hand gehen, damit das Gleichgewicht der Sicherheit zwischen den Nationen nicht gestört wird und b) der Fortschritt in der Rüstung muß überall Gegenstand wirksamer internationaler Kontrolle sein.

Wenn es jemals zu einer allgemeinen und totalen Abrüstung kommen sollte, wird notwendigerweise ein drittes Problem auftauchen: Die Aufstellung einer übernationalen Militärmacht, wie ich es Herrn Chruschtschow eindringlich vorgeschlagen habe, die dafür zu sorgen hat, daß das bloße Gewicht solcher Mächte wie Rußland und Amerika — oder China — kleinere Nachbarn nicht einschüchtern kann. Zusammenstellung, Kontrolle und Einsatz einer solchen Truppe ergeben eine Menge weiterer Fragen.

Mittlerweile müssen wir während des Abrüstungszeitalters, wie ich schon sagte, die Lücken in unseren Verteidigungskräften schließen, um wenigstens eine Gleichheit der Stärke mit den Russen aufrecht zu erhalten. Und ich glaube, es wäre naiv anzunehmen, daß sie jetzt schon zu Beginn einer positiven Zusammenarbeit in anderer Hinsicht, die nun wirklich eine allgemeine Sicherheit garantieren würde, bereit wären. Die verschwörerische Tradition ist sehr alt und tief verwurzelt im kommunistischen Denken, und wenn sie z. B. vom „friedlichen Wettbewerb“ sprechen, dann vermute ich, daß die meisten Kommunisten unter dieses Motto auch politischen Umsturz, Staatsstreich und sogar Revolution unter kommunistischer Führung stellen.

Trotzdem glaube ich, daß wir der Zeit näher kommen, in der das Wettrüsten mit den Russen aufhört. Einmal stößt auch ein revolutionäres Regime seinen jugendlichen Fanatismus ab, und Risiko und Kosten geben Anlaß zu gewichtigen Überlegungen. Meiner Meinung nach üben sie heute einen echten Einfluß in Moskau aus, und wir sollten alles daran setzen, diese Tendenz zu fördern.

China

Ob allerdings in Peking Kosten und Risiko die entscheidenden Faktoren sind, möchte ich stark bezweifeln. Auf diesem Schauplatz gibt man dem Druck der „fremden Teufel“, gleichgültig ob wahr oder unwahr, die Schuld für die brutale Unterdrückung, die die massive Modernisierung mit sich bringt. Aus dieser Stimmung heraus könnte China begreiflicherweise das Risiko eines Krieges eingehen, der seinen wohlhabenderen kommunistischen Nachbarn mit ins Unglück stürzen würde. Heute kann Moskau vielleicht noch einer chinesischen Angriffsneigung durch Kontrolle über die Militärhilfe Einhalt gebieten. Aber im Laufe der weiteren Entwicklung Chinas wird dieser Einfluß dahinschwinden. Hat Rußland deshalb jetzt, solange sein Einfluß noch beträchtlich ist, Interesse an der Einrichtung irgend einer Form von Kontrolle? Wir wissen es nicht, aber wir müssen versuchen, es herauszufinden. Und wenn wir in der Abrüstung bedeutende Fortschritte machen, wird Rußland die Verantwortung für China zu tragen haben.

Während gegenwärtig wenig Aussichten für vernünftige Verhandlungen mit Rot-China bestehen, so ist auch bei den Asiaten offensichtlich Mißtrauen und Ernüchterung zu verspüren auf Grund der imperialistischen Angriffe Chinas auf seine Nachbarn und seiner Mißachtung der „Fünf Grundsätze der Koexistenz“. Einen Lichtblick sehe ich in der Tatsache, daß Herr Chruschtschow Peking als Resonanzboden benutzte, als er die Kommunisten vor Gewaltanwendung gegen den Kapitalismus warnte. Ich sehe einen weiteren Hoffnungsschimmer in seinem — von Peking ignorierten — Vorschlag für eine atomwaffenfreie Zone im Fernen Osten. Und sogar in dieser späten Stunde schlage ich vor, daß

wir gemeinsam mit ihm die Möglichkeiten einer Befriedigung dieses Gebietes im weitestmöglichen Sinne, einschließlich Formosas, auf dem Verhandlungswege und nicht mit Gewalt erörtern.

Auf kommunistischer Seite würden die Konzessionen einschließen: Die Miteinbeziehung Chinas in ein System internationaler Abrüstungskontrolle, Beendigung aller Gewalt- und Vernichtungsandrohungen gegen Formosa und Indochina, ein friedliches Grenzabkommen mit Indien, freie Wahlen unter Aufsicht der Vereinten Nationen in Korea und die Einräumung des Selbstbestimmungsrechts durch Volksentscheid für die Einwohner von Korea, ebenfalls unter Aufsicht der Vereinten Nationen. Auf unserer Seite würden die Konzessionen vornehmlich einschließen: Die Beendigung des amerikanischen Widerstands gegen die Aufnahme Chinas in die Vereinten Nationen (nicht zu verwechseln mit der diplomatischen Anerkennung), die Räumung von Quemoy und Matsu und die Einbeziehung Koreas und Japans in die atomwaffenfreie Zone und das Gebiet kontrollierter Abrüstung.

Europa und der Nahe Osten

Da, wo in der Welt Interesse und Sicherheit der Großmächte zusammenfallen, entstehen die Spannungsgebiete, wo nur konzentrierte Verhandlung einen Erfolg garantieren kann. Ich bin nicht der Ansicht, daß örtliche Militäraufgebote gegen die Kommunisten immer die Antwort sind. Wenn wir militärische Klienten suchen, dann versteht Rußland dieses Spiel auch zu spielen und zwar weit zynischer. Darüber hinaus ist es in keiner Weise durch Bindungen an ehemalige koloniale Lehnsherren gehindert. Ich behaupte nicht, daß gefährdete Länder ohne Schutz gelassen werden sollten. Die Eisenhower-Doktrin ist kaum mehr als eine neue Formulierung unserer Verpflichtungen in der Charta der Vereinten Nationen und der Truman-Doktrin, d. h. Hilfeleistung für das Opfer eines direkten Angriffs. Wenn die Sowjets direkt im Iran eindringen würden — obgleich das unwahrscheinlich ist — wäre eine amerikanische Intervention unvermeidbar. Und gerade darum ist es unwahrscheinlich. Aber der Iran ist auf Grund seiner militärischen Verbindungen mit Pakistan nicht mehr sicher, und das Schicksal des Irak zeigt, wie leicht eine unliebsame Verbindung zur Unterminierung eines pro-westlichen Regimes ausgenutzt werden kann.

Ich glaube vielmehr, daß wir uns in den Gebieten, wo Großmacht-Interessen kollidieren wie im Nahen Osten, um Abrüstung und Auflockerung, um politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit kümmern müssen. Ein wenig Zeit haben wir noch, denn Atomwaffen sind vorläufig noch im Besitz von nur drei Mächten. In zehn Jahren — wer weiß wie viele Diktatoren dann die Atombombe haben mögen — ist es nicht nur zum Schaden unserer eigenen, sondern auch genau so zum Schaden von Rußlands Sicherheit. Vielleicht gilt es hier noch einen weiteren Punkt gemeinsamen Interesses zu finden. Wir könnten die Möglichkeit einer atomwaffenfreien Zone für den Nahen Osten prüfen. Wir könnten auch einen früheren Vorschlag wieder aufnehmen: das Verbot von Waffenlieferungen in den Nahen Osten, ein Plan, dem die Russen sehr beipflichteten.

Weder Rußland noch die Westmächte haben viel bei ihrer kürzlichen Interventionspolitik im Nahen Osten gewonnen. Ich schlage vor, wir versuchen es jetzt einmal mit einer organisierten Nicht-Intervention. Manche internationale Probleme werden niemals gelöst; sie nutzen sich einfach ab. Und auch der arabisch-israelische Konflikt nutzt sich vielleicht ab, ehe er sich richtig auswirkt. Aber in der Zwischenzeit sollten die Vereinigten Staaten und Rußland alle Mitglieder der Vereinten Nationen immer wieder dazu aufrufen, ihren ganzen Einfluß zur Versöhnung der arabischen Staaten mit Israel und zur Beendigung dieser langwierigen und nutzlosen Feindschaft geltend zu machen.

Vielleicht sind weder die Russen noch wir selbst für ein derartig konkretes Gespräch vorbereitet. Dennoch ist es klar, daß eine allgemeine Abrüstungskontrolle völlig wertlos ist, wenn sie nicht China mit einbezieht und es ist schwer zu verstehen, wie China, ohne formal Mitglied der internationalen Gesellschaft zu sein, eine internationale Kontrolle anerkennen kann. Darüber hinaus würde das kommunistische China, mit einem Viertel der Gesamtbevölkerung der Erde, als Mitglied der Vereinten Nationen der Weltmeinung weit mehr verantwortlich sein als ein ausgestoßenes Land.

Auf die Dauer wird der Grad, bis zu dem Rußland gewillt und imstande ist, Chinas imperialistische Pläne in Schach zu halten, ein Hauptfaktor für den Weltfrieden bedeuten. Und es ist sehr wahrscheinlich, daß Moskau in seiner Diplomatie wie auch in seiner internen Entwicklung den Punkt erreicht, wo Herrn Chruschtschows friedliche Koexistenz mit dem Westen zu positiver Zusammenarbeit führen muß. Das russische Tor zum Westen muß weiter aufgestoßen — oder wieder zugeschlagen werden.

In der unmittelbaren Zukunft jedoch liegt der kritische Spannungspunkt in Europa und Deutschland. Hier stehen wir an einem gefährlichen toten Punkt, von dem weder die eine noch die andere Seite ohne schwerwiegende Gefahr loskommen kann. Auf unserer Seite steht an erster Stelle die Furcht, daß jeder Rückzug entweder aus der exponierten Enklave West-Berlin oder aus Westdeutschland ein Beweis für den ersten Schritt einer generellen Aufgabe von „Machtstellungen“ in Europa bedeutet. Am Ende eines solchen Verfahrens wäre der Kontinent von amerikanischen Streitkräften entblößt und die Verteidigung gegen ein russisches Vordringen zum Kanal unterminiert.

Aber die Sowjets hegen ähnliche Befürchtungen. Der Abzug ihrer Truppen nach Rußland würde nach ihrer Ansicht die unsicheren kommunistischen, Rußland freundlich gesonnenen Regierungen gefährden und zu einer Wiedererhebung eines mächtigen und denkbar feindlichen Deutschlands führen. Nachdem Rußland zwei vernichtende Invasionen in einer Generation erduldet hat, sollte für uns eine tiefverankerte Furcht vor einem wiederbewaffneten Deutschland nicht schwer zu verstehen sein.

Für Rußland ist die Gefahr wahrscheinlich größer als für uns. Auch nach 15 Jahren Kommunismus stehen Ost-Deutschland und Ost-Europa den Russen wahrscheinlich immer noch feindlich gegenüber. Bei uns hat der Kommunismus stetig an Boden verloren. Ein Europa, das sein Schicksal frei wählen könnte, würde kein kommunistisches sein und wäre womöglich sehr anti-russisch. Aus diesem Grunde glaube ich, daß wir im Westen den besseren Stand haben.

Ich stimme mit Dr. Adenauer überein, daß der Schlüssel zu einem Übereinkommen im geteilten Europa bei einer kontrollierten allgemeinen Abrüstung liegt. Die einzig befriedigende Lösung für das geteilte Berlin ist die Wiedervereinigung des geteilten Deutschlands. Der Weg zur Wiedervereinigung erfordert eine Reduzierung der Angst in Rußland und im Westen. Und die Angst wird nur weichen, wenn sich ein Fortschritt in bezug auf eine angemessene Abrüstungskontrolle verzeichnen läßt. Ich fürchte, daß wir bis dahin nicht mehr als provisorische Abmachungen oder einen Aufschub der Probleme des geteilten Europa erreichen werden.

Im Hinblick auf baldige Gipfelkonferenzen wäre es meiner Ansicht nach unrichtig und nutzlos, jetzt über die Vorschläge für eine atomwaffenfreie Zone in Westeuropa, über Verminderung von Berliner Garnisonen und Besatzungstruppen, über Sicherheitsgarantien und über weitere Einzelheiten möglicher Zwischenlösungen zu sprechen.

Mehr Zielbewußtsein

Bei all diesen entscheidenden Fragen der internationalen Politik — ob es sich um ein allgemeines Investitionsprogramm für die Entwicklungsländer, oder um Mittel und Wege für eine engere Verbindung mit Europa, oder um Einrichtung von Interessengemeinschaften zur Zusammenarbeit mit der Sowjetunion, oder um die ausdauernden zähen Bemühungen um die kontrollierte Abrüstung handelt — besteht die vordringlichste Aufgabe für den Westen in der Wiedererlangung der Initiative. Eine unentwegt defensive Haltung kann keinen Gewinn bringen. Auf keinen Fall sollte sich der Westen, der in erster Linie als der Verfechter brüderlich-menschlicher Beziehungen seit Beginn des modernen Zeitalters gilt, die Initiative aus den Händen gleiten lassen.

Heute, das müssen wir klar erkennen, besitzen wir diese Initiative nicht. Jetzt, da die Sowjetunion uns militärisch eingeholt hat, ruft sie zu Abrüstung und friedlichem Wettbewerb auf; und jetzt strebt die Sowjetunion, mächtig und voll Selbstvertrauen, nach der Führung in den Bemühungen um den Frieden. Herr Chruschtschow ist der Herausforderer — vom äußersten Weltraum bis zum innersten Berlin. Wir lassen uns von seiner Politik beeindruckt und führen den Dialog der Welt in seiner Sprache. Zwischen all den hastigen Improvisationen und plötzlichen Entscheidungen scheinen wir im höchsten Grade unseren eigentlichen Sinn für die Richtung verloren zu haben.

Daran tragen wir selbst die Schuld. Die Wahrheit ist, daß Nationen draußen in der Welt kein Zielbewußtsein beweisen können, wenn sie es zu Hause verloren haben. Es besteht ein enger Zusammenhang zwischen unserer innenpolitischen Führung und der Wirksamkeit amerikanischen Einflusses auf den größten Teil der Welt. Präsident Wilson gab dem internationalen Denken eine grundlegend neue Richtung, weil er ein Pionier der neuen Freiheit im Lande war. Präsident Franklin Roosevelt's umfassendes Prestige als eine liberale Macht in der Welt war tief im New Deal verwurzelt, und diese Tradition wurde von Präsident Truman in solch großartigen Wagnissen wie dem Marshall-Plan und dem Vier-Punkte-Programm fortgesetzt. Heute ist ein solcher Zusammenhang nicht weniger lebenswichtig. Solange wir aber nicht in schöpferischem Voranstreben an unsere eigenen Probleme herangehen, besteht für uns wenig Hoffnung auf Wiedererlangung einer dynamischen Führung in der Welt. Durch unser Versäumnis und sein eigenes zielbewußtes Vorhaben ist Herr Chruschtschow nun in der Lage, weiterhin den Ton im Welt-Dialog anzugeben.

Gegenwärtig sehe ich wenig Anzeichen für ein positives Herangehen an unsere Probleme. In der radikalsten und revolutionärsten Epoche der menschlichen Geschichte sind die vordringlichsten Belange unserer Führung fast ausschließlich defensiver Natur gewesen. Wir als das großartigste mit allem ausgestattete Volk, das die Menschheit jemals gesehen hat, haben uns durch die positiven Möglichkeiten, die uns von Natur aus zum Aufbau der Nationen und der Welt gegeben worden sind, weder drängen noch anspornen lassen. Im Gegenteil, unsere Außenpolitik war von der Angst vor dem Kommunismus, unsere Innenpolitik von der Angst vor der Inflation beherrscht. Wirtschaftliche Hilfsprogramme wurden dem amerikanischen Volk in erster Linie als ein Aufhalten des Kommunismus „verkauft“, niemals als unser eigener schöpferischer Anteil beim Ausbau unserer technologischen Revolution für die übrige Menschheit. Der Ansporn zu unserer Erforschung des Sonnensystems war nicht unser rastloser Wunsch, die Grenzen menschlichen Wissens zu erweitern. Es war die Erbitterung mit ansehen zu müssen, daß die Russen den Mond zuerst erreichten. Unser Interesse an größeren Leistungen in Forschung und Bildung flammte nicht auf, weil wir jedem freien Bürger die Entfaltung und Ausnutzung seiner angeborenen Fähigkeiten und Talente bis zum letzten wünschten, sondern weil aus den Reihen der Russen mehr Wissenschaftler und Techniker hervorgehen, als aus denen des Westens.

Auch da wo wir uns der sowjetischen Herausforderung stellen — und das tun wir meiner Ansicht nach auf dem Gebiet der Verteidigung, der

Wissenschaft und Bildung — reicht unser Verstehen der Notwendigkeit unserer Anstrengungen noch nicht aus, um unsere quälende Angst vor einem Bankrott zu überwinden — trotz einem Brutto-Nationalprodukt von beinahe 500 Milliarden Dollar und einem Durchschnittseinkommen pro Kopf der Bevölkerung, das fast doppelt so hoch ist wie in jedem anderen Lande —.

Wie können wir uns anders die Tatsache erklären, daß wir uns mit einem mehr als doppelten Nationaleinkommen als dem der Sowjetunion, von den Russen in bezug auf Waffen, Raumforschung und dementsprechenden Aufwendungen für Erziehung haben überflügeln lassen? Wie ist weiter zu verstehen, warum unsere Führer ihre dringendste Aufgabe nicht in der Aufklärung über die Realitäten unserer Welt und die Pflichten und Möglichkeiten, die vor einer großen und zuversichtlichen Nation liegen, sehen, sondern in einer steten Warnung vor all den tückischen Wegen, auf denen wir in „Selbstverausgabung“ der Armut zusteuern?

Die Zeit ist gekommen, um dieser unnatürlichen Ängstlichkeit ein Ende zu machen. Es gibt andere Wege, einen „gesunden Dollar“ zu sichern als durch Beschneidung unseres nationalen Wachstums, oder — viel schlimmer — durch Beschneidung unserer Erwartungen und unseres Vertrauens auf die hochgesteckten Ziele unserer eigenen Gesellschaft. Wir wollen unsere so wesentliche Sicherheit, unseren Bildungsstandard und unsere nationalen Anliegen nicht an dem „was wir aufbringen können“ messen. Das ist eine unbewegliche, starre Auffassung. Was wir mit einem Volkseinkommen von 250 Milliarden Dollar leisten könnten, entspricht nicht unserer heutigen Kapazität, die nahezu doppelt so groß ist. Ebenso wenig ist das gegenwärtige Nationaleinkommen ein Maßstab dafür, was wir leisten könnten, wenn unsere Zuwachsrate zielbewußt vergrößert worden wäre.

Wir wollen uns lieber über das Notwendigste im Klaren sein: Die Aufrechterhaltung des Gleichgewichts der Stärke in bezug auf Raketen und Soldaten, bis wir wirklich eine kontrollierte Abrüstung haben, eine Verdoppelung unserer Aufwendungen für Erziehung, ausgedehntere Forschung, über die Notwendigkeit anständiger und harmonischer Städte, wo Rassentrennung und Kriminalität einer gesunden Erneuerung weichen; über die Erhaltung und den Schutz unserer nationalen Hilfsquellen, vor allem des Wassers, der grundlegendsten.

All diese notwendigen Aufgaben, national wie international und auf militärischem Gebiet sind mit größeren Kosten verbunden, wenigstens solange noch kein Fortschritt in der Abrüstung zu verzeichnen ist. Aber das Staatsbudget niedrig zu halten ist nicht so wichtig, wie unseren Kopf oben zu behalten. Es ist erwähnenswert, daß ernsthafte Männer vor dem Koreakrieg feierlich erklärten, daß beim Anstieg des Militärbudgets über 15 Milliarden Dollar die Demokratie und der amerikanische Lebensstil dem Untergang geweiht seien. Dann brach der Krieg aus. Das militärische Budget wurde verdreifacht. Und jetzt wird wieder einmal der gegenwärtige Stand der Ausgaben mit dem gleichen ideologischen Eifer verteidigt.

Ich glaube, unsere Nöten könnten durch höhere Steuersätze auf Grund unseres wirtschaftlichen Wachstums behoben werden.

Und ich bin davon überzeugt, wenn unsere Führung die Notwendigkeit der Aufgaben mit aller Klarheit und Überzeugungskraft darlegt, werden wir im Bewußtsein unserer nationalen Pflichterfüllung die nötigen Maßnahmen billigen, ungeachtet der Opfer wie: höhere Steuern in den Jahren, in denen die private Wirtschaft auf vollen Touren läuft, Haushaltsdefizit in Zeiten der Flaute, Einschränkungen bei Löhnen und Profiten, um die Inflationsgefahr abzuschwächen, Verlagerung des Schwerpunktes von Einzel- auf Gesamtinteressen. Zum Lohn wird man dann wieder die Amerikaner als Wegbereiter aller menschlichen Beziehungen ansehen, und die Menschheit wird den Ruf der Freiheit wieder vernehmen.

Denn dies ist wahrhaft die Crux. Ein Konservativismus ohne Abenteuergeist kann sich nicht so lange halten wie die schöpferische Vorstellung von der Freiheit. Ich bange um unsere Zukunft — und die Zukunft der Welt — wenn Wachstum, Vorstoß, Initiative und die unermesslichen neuen Grenzen der Wissenschaft allein das Vorrecht kommunistischer Schulung und Richtung sein sollen — wenn „der Schuß, der über die ganze Welt ertönte“ durch den Schuß auf den Mond zum Schweigen gebracht worden ist.

Freiheit ist kein Ideal, sie ist nicht einmal ein Schutz, wenn sie nur noch als Freiheit zum Stillstand, zum Leben ohne Träume, zu keinem höheren Ziel als einem zweiten Wagen und einem neuen Fernsehgerät gebraucht wird — und das in einer Welt, in der die Hälfte unserer Mitmenschen nicht genug zu essen hat. Heute lehren uns keine schönen Reden sondern nüchterne Tatsachen, daß unsere gegenwärtige Kombination von Selbstgefälligkeit und Besorgnis, von kleinen Zielen und großen Ängsten in sich den Keim der Zerstörung trägt. Zunächst für

unsere eigene Gemeinschaft und dann, wo Wissenschaft und Technik die Nationen unvermeidlich miteinander verbinden, wird hoffentlich die Freiheit und nicht die Tyrannei der leitende Grundsatz der menschlichen Gesellschaft sein.

Ich höre an der Stelle auf, an der ich begonnen habe. Meiner Meinung nach sind die Vereinigten Staaten für ein neues Erwachen und dem Streben nach höheren Zielen bereit: darin liegen die moralischen und materiellen Elemente einer neuen Politik. Die Aufgabe unserer Führung ist es, unseren Willen zu lenken und den Weg zu weisen. Wir sollten lieber bald anfangen, denn die Zeit vergeht.

Anmerkung:

Adlai Ewing Stevenson, amerik. Politiker (Demokrat). Geb. 5. 2. 1900 in Los Angeles, studierte Rechtswissenschaften. 1933 an der Formulierung des New Deal beteiligt, seit 1941 in verschiedenen Ministerien tätig. Als Gouverneur von Illinois (1948—53) Reform der staatlichen Verwaltung und der Wohlfahrtseinrichtungen. 1952 und 1956 Präsidentschaftskandidat.

GEORGE F. KENNAN

Friedliche Koexistenz

Ein westlicher Standpunkt

Diese Betrachtung ist der Januarnummer der „Foreign Affairs“ entnommen. Dem nachfolgenden Abdruck liegt der Text der Zeitschrift „Dokumente“ zugrunde, die den Erstabdruck in deutscher Sprache vornahm.

In der öffentlichen Debatte, die das jeweilige Entwicklungsstadium des sogenannten Kalten Krieges kennzeichnete, ist kein Begriff leichtfertiger und manchmal skrupelloser gebraucht worden als das Wort „Koexistenz“. Im Oktoberheft 1959 der Foreign Affairs hat Nikita Chruschtschow unter seinem Namen einen Aufsatz veröffentlicht, der uns eine interessante Definition dessen gibt, was er darunter versteht. Friedliche Koexistenz bedeutet — so sagt Chruschtschow — im wesentlichen die Ablehnung des Krieges als Mittel zur Lösung von Streitfragen. Sie setzt die Verpflichtung voraus, sich jeglicher Verletzung der territorialen Integrität und Souveränität eines anderen Staates zu enthalten. Sie verlangt den Verzicht auf Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder. Sie bedeutet, daß die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen auf einer Grundlage völliger Gleichheit und gegenseitigen Nutzens zu stellen sind. Sie führt — immer nach Chruschtschow — zu einer tatsächlichen Ausschaltung der Kriegsgefahr.

Sie ist etwas, was sich „in friedlichen Wettbewerb verwandeln sollte, mit dem Ziel, die Bedürfnisse des Menschen auf bestmögliche Weise zu befriedigen“.

Chruschtschow liefert uns nicht nur eine solche Definition, sondern erklärt offen, daß nach seiner Meinung die Sowjetunion zu diesen Grundsätzen steht, seit der Oktoberrevolution von 1917 immer zu ihnen gestanden hat und in Anbetracht ihrer gesellschaftlichen Grundstruktur gar nicht anders kann, als zu ihnen zu stehen. Dagegen existierten noch wichtige Elemente in den westlichen Ländern, die seiner Ansicht nach nicht zu diesen Prinzipien stehen, die „glauben, daß der Krieg ihnen nütze“, die widerstrebenden Völkern gewaltsam den „Kapitalismus“ aufzwingen wollen und deren Widerstand zu überwinden ist, bevor man von einem Sieg der friedlichen Koexistenz sprechen kann.

Die wahre Geschichte der russischen Revolution

Kaum eine Behauptung dürfte mehr erstaunen als die Versicherung, daß der Sowjetstaat „von Geburt an . . . die friedliche Koexistenz als Grundprinzip seiner Außenpolitik proklamierte“ und daß die ersten kommunistischen Führer in Rußland entschlossen die Ansicht vertraten, zwischen Staaten mit unterschiedlichen Gesellschaftssystemen könne und solle friedliche Koexistenz herrschen.

Wir wenden uns nur widerstrebend der Geschichte jener frühen Jahre der Sowjetmacht zu. Man mag gern glauben, daß maßgebliche Kreise in Moskau heute die Aussichten für eine gewaltsame soziale Revolution in den wichtigsten Industrieländern des Westens ein wenig anders beurteilen und vielleicht sogar über ihre Notwendigkeit anders denken. Man mag annehmen, sie hätten von den Pflichten der russischen Kommunisten gegenüber den Arbeitern dieser westlichen Länder ebenfalls eine etwas andere Auffassung, als sie 1917 und 1918 in Moskau herrschte. Wenn das so ist, wäre es sicher besser Vergangenes vergangen sein zu lassen, statt das Problem der Koexistenz in der Gegenwart zu komplizieren, indem man auf die Geschichte zurückgreift. Die Jahre 1917 und 1918 waren schließlich eine Zeit schrecklicher Verwirrungen und weltweiter Tragödien. Überall handelten die Menschen im Geist der Gewalt und des Fanatismus. Auf beiden Seiten, bei den Kommunisten und bei den Nichtkommunisten, geschahen Dinge, die wir heute aus dem Abstand von vierzig Jahren klar bedauern müssen. Sicher gibt

es in der nichtkommunistischen Welt sehr wenige Leute, die die Kontroversen jener Tage neu zu beleben wünschen oder sich selbst unbedenklich mit den Anschauungen und Vorurteilen aus der Zeit vor und nach dem Ersten Weltkrieg solidarisch erklären würden.

Aber wenn von prominenter kommunistischer Seite die Haltung der Sowjetführer des Jahres 1917 ins Feld geführt wird, um die unzerstörbare und naturnotwendige Bindung des russischen Kommunismus an Grundsätze wie die Ablehnung der Gewalt als Mittel zur Lösung politischer Streitfragen zu beweisen — oder den Verzicht auf Einmischung in innere Angelegenheiten anderer Länder oder den friedlichen Wettbewerb zwischen Staaten mit unterschiedlichen Gesellschaftssystemen —, dann kann der westliche Wissenschaftler nicht umhin, seine Verwunderung und seinen Protest anzumelden. Es ist überraschend, daß gerade jene Leute die wahre Geschichte der russischen revolutionären Bewegung so respektlos behandeln, die sich heute als ihre Hüter und Vorkämpfer bekennen; daß sie diese Geschichte dermaßen verdrehen, um ihre eigenen taktischen Manöver zu erleichtern. Man schaudert bei dem Gedanken, was Lenin zu solchen nachträglichen Entstellungen gesagt hätte. Haben die gegenwärtigen Führer der russischen Kommunistischen Partei denn tatsächlich vergessen, daß Lenin sich selbst betont als *internationalen* Sozialistenführer betrachtete? Wer schrieb denn am 3. Oktober 1918: „Die bolschewistische Arbeiter-

klasse Rußlands war immer internationalistisch, nicht nur in Worten, sondern in Taten, im Gegensatz zu den Schurken, den Helden und Führern der Zweiten Internationale . . .“? Wer sagt denn in dem gleichen Dokument: „Das russische Proletariat wird verstehen, daß jetzt bald von ihm schwerste Opfer für die Sache des Internationalismus gefordert werden . . . Laßt uns sofort mit der Vorbereitung beginnen. Laßt uns beweisen, daß der russische Arbeiter fähig ist, noch viel energischer zu arbeiten, noch viel opferfreudiger zu kämpfen und zu sterben, wenn es nicht um die russische Revolution allein, sondern um die internationale Arbeiterrevolution geht . . .“¹⁾ Das ist, wie jeder gute Kommunist in Rußland weiß, nur ein einziges Zitat von buchstäblich Tausenden, die man hinzufügen könnte, um die Begeisterung der Bolschewiki zu Lenins Zeit für den Sozialismus als eine internationale Sache zu illustrieren — genauer gesagt: die Begeisterung für die Pflicht, sich in die inneren Angelegenheiten anderer Länder einzumischen, mit dem Ziel, ihr Regierungssystem und ihre Lebensweise zu verändern!

Wer behauptet, die in der Sowjetunion herrschende politische Macht stehe seit jeher auf der Seite der Koexistenz, wie Chruschtschow sie definiert, verlangt damit von uns ferner, die lange und finstere Geschichte der Beziehungen zwischen Moskau und den ausländischen kommunistischen Parteien in der Stalin-Ära zu vergessen. Es gibt eine

Die wirkliche Entwicklung des westlichen Kapitalismus

Diese meine Feststellungen sind nicht so aufzufassen, als sei ich von vornherein geneigt zu glauben, daß die Hinwendung Chruschtschows und einiger seiner Kollegen zu den Prinzipien der Koexistenz, wie er sie definiert, unehrlich sei und finstere Absichten verschleierte. Das ist keine notwendige Folgerung. Ich will nur klarlegen, daß die Leute in Moskau sicherlich außerhalb Rußlands den Glauben an ihre ehrliche Hinwendung zu liberalen und toleranten Grundsätzen für das internationale Leben nicht stärken, wenn sie die Geschichte der Lenin- oder Stalinzeit verfälschen oder behaupten, eine solche Hinwendung leite sich notwendig aus der Natur des in der Sowjetunion herrschenden gesellschaftlichen und politischen Systems her. Wir können uns wohl vorstellen, daß die sowjetische Haltung sich geändert hat; wir können jedoch nicht die Behauptung hinnehmen, daß sie keiner Änderung bedürfte, um die Forderungen friedlicher Koexistenz zu erfüllen, wie Chruschtschow sie definiert.

In der Darlegung der sowjetischen Auffassung von Koexistenz wird immer wieder die Bindung der Menschen im Westen an den Kapitalismus und ihr angeblicher Wunsch betont, dem Kapitalismus als Weltssystem zum Sieg zu verhelfen.

Der Westler von heute fühlt sich etwas verwirrt, wenn er diese Argumentation mit dem Begriff „Kapitalismus“ hört. Was meint man denn eigentlich damit? Wir stellen fest, daß der „Kapitalismus“ sich in den Augen der russischen Kommunisten nicht merklich verändert hat, seit die Russische Sozialdemokratische Partei um die Jahrhundertwende in Erscheinung trat — ohne Rücksicht auf die Realität, die der Begriff zu symbolisieren beabsichtigt. Wenn es in der offiziellen sowjetischen Doktrin irgendwo eine Anerkennung der Tatsache gibt, daß sich die ökonomische Praxis und die Institutionen der nichtkommunistischen Länder während des letzten halben Jahrhunderts in einer Weise verändert haben, die irgendwie die Elemente der klassischen marxistischen Anschauung vom westlichen Kapitalismus berührt, so habe ich jedenfalls die Stelle nicht gefunden, wo das zum Ausdruck kommt. Die gegenwärtige Sowjetideologie geht offenbar davon aus, daß außerhalb des kommunistischen Bereichs statische und festverwurzelte Bedingungen herrschen — ein Bündel von praktischen Zuständen, die als „Kapitalismus“ bekannt sind und sich vor allem im Privateigentum an den Produktionsmitteln ausdrücken, das in den letzten fünfzig Jahren (oder eigentlich seit der Lebenszeit von Karl Marx) keine wesentliche Veränderung

umfangreiche Dokumentation, die beweist, für welche Zwecke, von wem und mit welchen Methoden die ausländischen kommunistischen Parteien in diesen Jahren benutzt wurden. Wiederum wären viele von uns im Westen bereit, derartige Erinnerungen beiseite zu lassen, wenn die Politik von heute zur Diskussion steht. Aber etwas anderes ist es, die Verhöhnung unserer Intelligenz hinzunehmen; und wenn die Leute in Moskau wünschen, daß man jene unglückliche Geschichte außerhalb Rußlands vergißt, dürfen sie nicht mit freundlichem Lächeln die historischen Tatsachen auf den Kopf stellen und verlangen, wir sollten das dann entstehende Bild als Beweis für die unveränderliche Verpflichtung des russischen Kommunismus auf die Prinzipien der Koexistenz anerkennen. Vor mehr als hundert Jahren schrieb ein erlauchter westlicher Beobachter, der Marquis de Custine, aus St. Petersburg: „Dem russischen Despotismus gelten nicht nur Ideen und Gefühle nichts: er modelt auch die Tatsachen um, tritt gegen die Evidenz in die Schranken und triumphiert in diesem Kampf.“

Heute kann niemand hoffen, in diesem Kampf zu triumphieren. Wer historische Verdrehungen kultiviert und damit (wie es geschieht) versucht, das Verständnis der Öffentlichkeit für die geschichtliche Entwicklung der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und dem Westen zu vernebeln, der leistet gerade dadurch jeder wahrhaft hoffnungsvollen Form von Koexistenz einen schlechten Dienst.

erfahren hat; das auch heute die beherrschende Realität der westlichen Gesellschaft darstellt; an das zu glauben, das Wesen aller nichtkommunistischen politischen Philosophie ausmacht; an das insbesondere die westlichen Regierungen und „herrschenden Kreise“ zutiefst gebunden bleiben, da es hier um ihren Stolz und ihr zähes Selbstinteresse geht. Vermutlich hat Chruschtschow einen solchen „Kapitalismus“ im Auge, wenn er schreibt, daß viele Leser seines Aufsatzes in *Foreign Affairs* vielleicht meinen, der Kapitalismus werde letzten Endes triumphieren.

Es ist kaum nötig hervorzuheben, wie weit uns, vielen von uns außerhalb Rußlands, diese Betrachtungsweise von der heutigen Wirklichkeit entfernt zu sein scheint. Gewiß spielten die Prinzipien des freien Unternehmertums und des Privateigentums an den Produktionsmitteln überall während des letzten halben Jahrhunderts in der Wirtschaft der nichtkommunistischen Staaten eine wichtige Rolle. Aber nicht in zwei Ländern war die Rolle genau die gleiche. Überall kamen Elemente öffentlicher und gesellschaftlicher Kontrolle hinzu und brachten neue Impulse und Modifizierungen in die Anwendung dieser Grundsätze. Das Resultat ist ein Gleichgewicht von privater Kontrolle auf der einen, gesellschaftlicher oder öffentlicher Kontrolle auf der anderen Seite, das jetzt große Variationen von Land zu Land aufweist. Es gibt heute außerhalb des kommunistischen Bereichs kein in sich geschlossenes Gesellschafts- und Wirtschaftssystem, sondern mindestens ebenso viele Systeme wie Staaten; und viele von ihnen ähneln mehr dem, was Marx sich unter Sozialismus vorstellte, als dem Laissez-faire-Kapitalismus seiner Tage. Außerdem befindet sich das Gleichgewicht zwischen privaten und gesellschaftlichen Einflüssen überall im Fluß, in einer Entwicklung, die es ziemlich unmöglich macht, auf Grund seiner heutigen Erscheinungsform vorauszusagen, wie es wohl morgen aussehen wird. Das bedeutet: in der nichtkommunistischen Welt, wo es üblich ist, eine Übereinstimmung der Wortbedeutungen mit objektiven Phänomenen anzustreben, hat der Begriff „Kapitalismus“ heute keinerlei scharfumrissene und sinnvolle Bedeutung mehr. Nur in Rußland, wo theoretische Konzeptionen sich die Prüfung ersparen können, ob sie für eine objektive Wirklichkeit von Belang sind, existiert noch eine Bedeutung für dieses Wort. Nicht genug damit. Es gibt eine Menge Probleme des öffentlichen Lebens, die offenbar für die meisten Menschen in der nichtkommunistischen Welt eine höhere Bedeutung haben (weil sie sich stärker auf die menschlichen Lebensbedingungen auswirken), als die Fragen des Eigentums an den Produktionsmitteln

1) W. I. Lenin, Bd. 28 der russischen Gesamtausgabe, 4. Aufl., Moskau 1952, S. 83.

und der Verteilung des Reichtums, mit denen sich die marxistische Lehre befaßt.

Wie absurd erscheint es im Licht dieser Tatsachen, die Nichtkommunisten des Westens als fanatische Vorkämpfer und Anbeter einer „Kapitalismus“ genannten Sache zu zeichnen und anzudeuten, daß einflußreiche Leute im Westen das Elend eines neuen Weltkrieges über die Erde zu bringen wünschen, weil sie hoffen, großen Menschenmassen gegen deren Willen das kapitalistische System aufzwingen zu können. Nicht die Frage, wem die Maschinen gehören, beherrscht heute Gedanken und Debatten in der westlichen Gesellschaft und in den „herrschenden Kreisen“ des Westens, sondern die Frage der Freiheit des Menschen — des Rechts der Völker, ihre gesellschaftlichen und politischen Systeme zu wählen und zu ändern, wie sie wünschen, jene Menschen auszusuchen, die sie im Rahmen solcher Systeme regieren sollen und in dem gleichen Rahmen die bürgerlichen Freiheiten zu verwirklichen, die sie von der Furcht vor Willkür und Ungerechtigkeit erlösen, ihnen Gedankenfreiheit sichern und ihnen ermöglichen, erhobenen Hauptes ihren Weg zu gehen.

Der eigentliche ideologische Gegensatz

Ich weiß, daß die Kommunisten lange Zeit behauptet haben, sie sähen weder in den parlamentarischen Institutionen noch in der Rechtsicherheit des liberalen Westens irgendeinen Wert. Die klassische kommunistische Lehre brandmarkt diese Einrichtungen als Betrug, den die ausbeuterischen Monopolisten an hilflosen Arbeitern verüben. Ist es zuviel zu hoffen, daß die Menschen der kommunistischen Welt jetzt ihr Interesse an der Koexistenz dadurch beweisen, daß sie den zynischen und lächerlichen Extremismus aufgeben, durch den die gesamte Entwicklung der britischen und amerikanischen Gesellschaft in den vergangenen Jahrhunderten historisch unverständlich wird?

Daß die liberalen Institutionen unvollkommen sind, werden die meisten Engländer und Amerikaner — denke ich — bereitwillig zugeben. Aber die überwältigende Mehrheit von uns sieht in ihnen etwas verkörpert, was eng mit dem Wesen der Menschenwürde zusammenhängt, wie wir sie zu sehen gelernt haben — sieht in ihnen eine der wertvollsten Errungenschaften der zivilisierten Menschheit. Darauf, nicht auf das herrschende System des Eigentums und der Kontrolle über unsere Industrie, sind wir im tiefsten Grunde stolz und fühlen wir uns loyal verpflichtet. Wenn im fairen Spiel der parlamentarischen Institutionen und unter Beachtung aller Grundrechte der Bürger die Ordnungen des Eigentums oder der Kontrolle über die Produktionsmittel drastisch geändert werden sollten (und bei einigen ist das schon geschehen), würden die meisten von uns darin keine Tragödie oder Niederlage sehen. Sollte es aber anders kommen, müßten wir diesen Wandel mit dem Opfer der Rechte und Privilegien bezahlen, die uns unsere parlamentarischen Einrichtungen und Rechtssicherungen jetzt allgemein, wenn auch unvollkommen, gewähren — dann und nur dann würden wir glauben, eine nicht wiedergutzumachende Niederlage erlitten und das Wichtigste verloren zu haben.

Wir weigern uns daher, als leidenschaftliche Vorkämpfer eines sogenannten „Kapitalismus“ abgestempelt zu werden, die in einen ideologischen Wettbewerb mit den Vorkämpfern eines sogenannten „Sozialismus“ treten. Am allerwenigsten können wir Amerikaner den Vorwurf auf uns sitzen lassen, wir wollten anderen Völkern einen irgendwie gearteten Kapitalismus aufzwingen. Mehrere europäische Staaten haben während der letzten Jahrzehnte ihre gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Institutionen so einschneidend umgestaltet, daß sie weit von den in den Vereinigten Staaten herrschenden Verhältnissen abweichen. Dabei stießen sie auch nicht auf den leisesten Widerstand oder Bremsversuch von amerikanischer Seite. Die entscheidende ideologische Auseinandersetzung, wie wir Amerikaner sie heute sehen, heißt nicht Kapitalismus gegen Sozialismus, sondern Freiheit gegen ihr Gegenteil.

Bei den Meinungsverschiedenheiten zwischen Moskau und den „führenden Kreisen“ der nichtkommunistischen Welt handelt es sich in Wahrheit nicht darum, welches Gesellschaftssystem produktiver ist; vielmehr sind wir verschiedener Meinung darüber, was im Leben der Völker das Wichtigste ist, welchen Werten der erste Platz gebührt.

Der sowjetische Expansionismus

Die Tatsache, daß eine solche ideologische Meinungsverschiedenheit existiert, ist an sich noch kein Grund, warum friedliche Koexistenz, wie Chruschtschow sie definiert, unmöglich sein sollte. Ein dauerhaftes friedliches Nebeneinander-Bestehen von ideologisch gegensätzlichen Systemen ist keineswegs eine neue Erscheinung. Viele friedliche Beziehungen im internationalen Leben von heute, außerhalb des kommunistischen Bereichs, sind aus einem ursprünglich tiefen ideologischen Antagonismus hervorgegangen. Zum Beispiel gab es keine ideologische Übereinstimmung zwischen dem zaristischen System in Rußland und dem politischen Denken Amerikas. Trotzdem lebten beide Mächte lange Zeit ohne Feindseligkeiten in derselben Welt.

Zweifelloso gibt es in den westlichen Ländern verstreut einzelne Menschen, die den augenblicklichen weltanschaulichen Gegensatz zwischen der Sowjetregierung und den westlichen Völkern unerträglich finden; Menschen, die nicht sehen, wie es ohne einen Weltkrieg zu einer Lösung kommen oder weitergehen soll. Wenn man sucht, kann man zum Zweck des Zitierens sogar öffentliche Äußerungen solcher Ansichten finden. Aber ich denke, wir sind uns alle einig, daß diese Leute nicht sehr zahlreich und nicht sehr einflußreich sind. Unzweifelhaft überwiegt im Westen die Auffassung — und das gilt ebenso für die Regierungen wie für die Einzelpersonen —, daß in Rußland herrschende gesellschaftliche und politische System uns zwar wenig empfehlenswert erscheint, wir aber für seine Existenz und Geltung nicht verantwortlich sind; es ist nicht unsere Angelegenheit, es zu ändern. An sich betrachtet, besteht kein Grund, warum eine Beziehung friedlicher Koexistenz mit ihm nicht möglich sein sollte.

Wir wollen an dieser Stelle nachdrücklich unterstreichen, daß der Kalte Krieg nicht deshalb existiert, weil bestimmte Leute im Westen dem russischen Volk den Sozialismus oder irgendein anderes System, das es sich wünscht, zum Vorwurf machen. Hätten wir es nur mit Ideologien und mit den Beziehungen zwischen dem Westen und Rußland im eigentlichen Sinn zu tun, so gäbe es keinen Grund, das sowjetische Ersuchen nach „friedlicher Koexistenz“ nicht rückhaltlos zu akzeptieren.

Aber die Sowjetunion ist mehr als ein bloßes ideologisches Phänomen. Sie ist auch eine Großmacht, physisch und militärisch. Selbst wenn die in Rußland herrschende Ideologie nicht zu den anderswo geltenden Begriffen in ihrem Widerspruch stände, würde die Welt das Verhalten der sowjetischen Regierung in ihren internationalen Beziehungen, insbesondere jede Ausdehnung ihrer Macht auf Kosten der Freiheit anderer Völker, immer noch mit ernsthaftem Interesse verfolgen.

Und wir wollen daran denken, daß wir in den letzten Jahren Zeugen einer solchen Expansion waren. Was Europa betrifft, hatte sie ihren Ursprung in dem Vormarsch der sowjetischen Armeen nach Ost- und Mitteleuropa im Jahre 1945. Der Westen fand sich seinerzeit mit diesem Vormarsch nicht nur ab — er begrüßte ihn allgemein als wichtigen Beitrag zur Endphase des Kampfes gegen Hitler. Aber nur wenige Menschen im Westen überblickten 1945 die Konsequenzen, und noch weniger wünschten sie herbei: die quasi-endgültige Verschiebung der tatsächlichen Grenzen der politischen und militärischen Macht Moskaus in das Zentrum Europas.

Die kommunistische Seite führt die Diskussion über die Frage der Koexistenz mit Begriffen, die dieser Situation nicht gerecht werden und uns implizit zumuten, sie entweder zu ignorieren oder so zu tun, als gebe es sie gar nicht. Man sagt uns, es gehe um die „Liquidation der Konsequenzen des Zweiten Weltkriegs“; aber diese spezielle Konsequenz darf weder liquidiert werden, noch darf man darüber reden.

Ist das eine realistische Forderung? Wir behaupten, nein. Es ist kein Geheimnis, daß die Sowjetunion unter den Staaten des kommunistischen Blocks eine Vormachtstellung einnimmt. Das erkennen auch die kommunistischen Führer der verschiedenen Länder an, wenn sie zur Diskussion internationaler Fragen zusammenkommen. Ob wir im Westen etwas tun oder nicht tun sollten, um diese Lage zu ändern oder zu beeinflussen, ist ein anderes Problem; aber zu verlangen, daß wir eine *innerhalb* der kommunistischen Welt anerkannte Situation einfach

ignorieren, wenn es zur Diskussion der Koexistenz zwischen Ost und West kommt, ist sicherlich weder vernünftig noch nützlich. Es ist ein Faktum, daß die Ausdehnung der politischen und militärischen Macht Rußlands bis ins Herz Europas das strategische und politische Gleichgewicht der Welt maßgeblich verändert hat, ohne daß man diese Veränderung je als solche mit westlichen Staatsmännern diskutiert oder gar ihre Zustimmung erhalten hätte.

Das kommunistische Regime in Osteuropa

Dabei geht es für die westlichen Völker nicht nur um die *Tatsache* selbst, sondern auch um die Frage, wie sie zustande kam und wie der gegenwärtige Zustand aufrechterhalten wird. Die Wahrheit lautet, daß die neue Lage nicht eintrat, weil die Mehrheit der Menschen in dem betroffenen Gebiet sich davon überzeigte, daß der Kommunismus — um mit Chruschtschow zu reden — „das fortschrittlichere und gerechtere System ist“. Der friedliche Wettstreit um die Überzeugung der Menschen, von dem die Kommunisten heute verlangen, daß wir ihn als Gegenstand und Bedingung der friedlichen Koexistenz anerkennen, hat bitter wenig mit den Methoden gemein, durch die in den osteuropäischen Staaten 1944 und 1945 sozialistische Regierungen nach dem von Moskau gebilligten Muster errichtet, oder mit den Mitteln, durch die in der Folge ihre Herrschaft dort konsolidiert wurde. Nach westlicher Auffassung, die auf der Kraft überwältigender geschichtlicher Evidenz beruht, haben straff disziplinierte kommunistische Minderheiten durch geschickte Manipulationen das betreffende Regime den Völkern aufgezwungen; diese von Moskau geschulten und inspirierten Kommunisten fanden eine Stütze in der Anwesenheit oder unmittelbaren Nachbarschaft von Einheiten der sowjetischen Streitkräfte. Sie wurden durch ähnliche Mittel an der Macht gehalten.

Ich beabsichtige nicht, diese Ereignisse hier vom moralischen Standpunkt zu beurteilen. Ich will auch nicht gegen das Argument polemisieren, daß Rußland in Osteuropa politische Interessen besitzt, deren Beachtung durch die westlichen Regierungen eine Sache des elementaren politischen Realismus ist. Ebenso wenig will ich leugnen, daß die Sowjetregierung durch die bestehende Situation, wie wir auch über ihren Ursprung denken mögen, heute schwerwiegend engagiert ist, so daß wir vernünftigerweise nicht von ihr verlangen können, irgendwelche abrupten oder drastischen Änderungen vorzunehmen, die ihre eigene politische Sicherheit in Gefahr brächte.

Es gibt Leute im Westen — und Chruschtschow weiß das —, die die Hoffnung nicht aufgeben, einen Weg zu finden, auf dem sich die sowjetischen Interessen in diesem Gebiet sowohl mit den Interessen der Westmächte wie mit denen der betroffenen Völker versöhnen lassen, und die getan haben, was sie konnten, um den Weg zu einer vernünftigen und maßvollen Lösung der Schwierigkeiten zu ebnen. Aber die Bemühungen dieser Leute müssen fruchtlos bleiben, wenn die Sowjetregierung fortwährend den Eindruck erweckt, daß sie nun, da sie jenes Gebiet in aller Ruhe in die Tasche gesteckt hat, zum Westen sagt: „Die Koexistenz beginnt an diesem Punkt, und sie wird durch jede neugierige Frage von eurer Seite nach dem Schicksal der betreffenden Völker verletzt.“

Ich erwähnte vorhin, daß der Westen die Existenz eines sowjetischen Typs des Sozialismus in Rußland selbst durchaus als Rußlands eigene Angelegenheit betrachten kann, daß hier kein Hindernis für die friedliche Koexistenz besteht. Immerhin ist das Sowjetregime auf dem größten Teil des Gebiets der Sowjetunion ein aus dem Lande selbst stammendes Regime. Seine Ursprünge waren nicht demokratisch im westlichen Sinn, aber sie waren zutiefst russisch und spiegelten gewisse fundamentale Realitäten des russischen politischen Lebens jener Zeit wieder. Gewiß ist es nicht Aufgabe der Amerikaner, sich in ein solches Regime einzumischen.

Sobald wir aber die Regierungen des kommunistischen Blocks in Ost- und Mitteleuropa betrachten, kompliziert sich das Problem unvermeidlich. Diese Regierungen haben ihren Ursprung zumeist nicht wirklich im Lande selbst. Das alles ist natürlich relativ; denn selten, wenn überhaupt, gibt es *überhaupt keine* Gemeinsamkeit zwischen den Interessen und Gefühlen eines Volkes und dem Regime, sei es auch eine Despotie, die regiert. Aber in den Augen des Westens sind diese Regime die Frucht einer bestimmten Form von Eroberung und Unterwerfung, die deshalb nicht weniger real ist, weil sie im allgemeinen ohne feindselige militärische Invasion im üblichen Sinne vonstatten ging. Und unvermeidlich kommt einem der Gedanke: wenn so etwas *diesen* Völkern widerfahren konnte und dabei Mittel angewandt wurden, die nahe an offene militärische Aggression grenzen, und wenn wir nun aufgefordert werden, das als Tatsache hinzunehmen, die im Zusammenhang mit der friedlichen Koexistenz nicht diskutiert werden darf — wie vielen anderen Völkern könnte dann gerade im Rahmen der Koexistenz, die wir ja bejahen sollen, das gleiche zustoßen?

Es ist eine Tatsache — und man hat sie uns in den letzten vierzig Jahren schmerzvoll eingebrannt —, daß kleinere Völker nicht nur durch brutale militärische Aggression oder formelle politische Intervention, sondern auch durch andere Methoden dem Willen größerer Nationen gefügig gemacht werden können; und es gibt mehr Systeme als nur den klassischen Kolonialismus des neunzehnten Jahrhunderts, um die Völker in einem derartigen Zustand festzuhalten. Es gibt doch wohl so etwas wie eine regelrechte Wissenschaft des Umsturzes, die Wissenschaft von der Machtergreifung durch konspirative Minderheiten, von der Eroberung der Lebenszentren der Macht, der Kontrolle über die Straßen, der Manipulation des innenpolitischen Konflikts. Wer wollte leugnen, daß diese Wissenschaft eine Rolle, und zwar eine sehr wichtige Rolle, im kommunistischen Denken und in der kommunistischen Ausbildung einer früheren Zeit spielte? Revolutionen finden vielleicht nicht „auf Befehl“ statt; aber daß sie im Normalfall allein dem spontanen Impuls der Massen entspringen und niemals durch die organisatorische, militante Aktivität politischer „Avantgarden“ beeinflusst werden — eine solche Behauptung ließe sich kaum mit der älteren kommunistischen Doktrin vereinbaren. Das zu glauben, kann man im Licht der geschichtlichen Evidenz nicht von uns verlangen.

Chruschtschow läßt durchblicken, daß alle diese Dinge in *seinem* Denken heute keine wichtige Rolle spielen. Es wäre verfehlt, automatisch anzunehmen, er meine das nicht ehrlich (er sammelt Punkte, wenn er sagt, wir sollten nicht in *jedem* Koffer nach dem doppelten Boden suchen). Aber selbst wenn es für ihn persönlich wahr ist, gilt es kaum für seine sämtlichen derzeitigen Genossen im Politbüro und Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion; wir haben auch keinen Grund anzunehmen, es gelte für die Führer des wichtigsten Partners der Russen in der Familie der Nationen: das kommunistische China.

Noch einmal müssen wir betonen, daß niemand die historische Erfahrung plötzlich vergessen kann. Wenn Chruschtschow sagt, die kapita-

listischen Staaten hätten ein geschichtliches Konto, das erst noch auszulöschen sei (er beschuldigt uns, „sinnlose Kreuzzüge“ gegen Sowjetrußland organisiert zu haben), so gilt das gleiche für Sowjetrußland selbst. Vor allem wird noch viel Zeit vergehen müssen, bis die Außenpolitik und die Methoden Josef Stalins aufhören, ein bestimmender Faktor im Bewußtsein des Westens zu sein. Im gewissen Sinne sind wir

alle, wie Chruschtschow, Stalins Schüler. Von ihm lernten wir einen großen Teil dessen, was wir etwa über Rücksichtslosigkeit, Zähigkeit und Enttäuschung in der internationalen Politik wissen. Chruschtschow darf heute nicht von uns verlangen, allzu schnell zu vergessen — gewiß nicht schneller als einige seiner eigenen russischen und chinesischen Partner —, was wir von Stalin als politischen Lehrer gelernt haben.

Was heißt Frieden?

Ein wichtiger Akzent bei allen gegenwärtigen Erörterungen liegt auf den Worten „Frieden“ und „friedlich“, die auf kommunistischer Seite so oft im Zusammenhang mit Koexistenz gebraucht werden. Was ist damit gemeint?

Das Wort „Frieden“ hat keinen Sinn außerhalb konkreter Bedingungen, die ihm seine Prägung geben. Frieden ist nicht einfach das Nicht-Vorhandensein offener Feindseligkeiten. In diesem Sinn hätten wir heutzutage Frieden; so gesehen, herrscht auch in jedem wohldisziplinierten Gefängnis Frieden. Frieden ist keine Abstraktion. Lenin wußte das genau; darum schrieb er 1915: *„Die Parole vom Frieden kann entweder im Zusammenhang mit spezifischen Bedingungen des Friedens benutzt werden, oder ohne alle Bedingungen, daß heißt nicht für einen bestimmten Frieden, sondern für Frieden ohne weiteres. Es ist klar, daß wir es im zweiten Fall nicht nur mit keiner sozialistischen Parole zu tun haben, sondern mit einem Schlagwort, das keinen Sinn hat und inhalts-leer ist.“*²⁾

Welchen Inhalt sollen wir also erkennen, wenn die Kommunisten von „Frieden“ sprechen? Ist es unvernünftig, Lenins Schüler aufzufordern, offen zu sagen und zu spezifizieren, welche Art von Frieden sie genau meinen, wenn sie das Wort im Munde führen? Frieden in wessen Interesse, zu welchen Bedingungen, um welchen Preis?

Es gibt eine Art von Frieden, die mit der wahren Sicherheit der Völker vereinbar ist: sie beruht auf den Prinzipien echter nationaler Freiheit. Eine andere Art von Frieden ist das Schweigen, das eintritt, wenn die Zwangswerkzeuge einfach zu machtvoll sind, als daß die Menschen, gegen die sie sich richten, dagegen aufbegehren könnten.

Die Anwendung des Wortes Frieden als Abstraktion unterschlägt wieder einmal die Tatsache, daß Völker auch auf eine Weise unterdrückt werden können, die nicht notwendig in jedem Augenblick die sichtbare Gewaltanwendung über internationale Grenzen hinweg einschließt. Manchmal genügt die bloße Androhung von Gewalt. Und sie unterschlägt die Tatsache, daß die Sowjets sich unter manchen Umständen, zum Beispiel in Ungarn 1956, durch ihre „Friedensliebe“ nicht gehindert fühlen, sowjetische Streitkräfte einzusetzen, um die politische Lage in einem Nachbarland zu bestimmen. Erwartet man im Ernst, die Menschen außerhalb Rußlands könnten diese Fakten übersehen, wenn die Frage „friedlicher“ Koexistenz diskutiert wird?

Die kommunistischen Diskussionsbeiträge zur Koexistenz machen viel Wesens von den militärischen Planungen der westlichen Staaten, besonders Amerikas. Sie werfen der amerikanischen Regierung vor, in verschiedenen Teilen der Welt Stützpunkte zu unterhalten; die Zustimmung zu einer totalen Abschaffung und zum Verzicht auf Atomwaffen sowie zu einem endgültigen Verbot nuklearer Versuchsexplosionen zu verweigern; dem Beispiel der Sowjetregierung nicht zu folgen, die (ohne es wirklich überzeugend zu beweisen) behauptet, ihre konventionelle Rüstung einzuschränken; die Deutschen im Rahmen der NATO zu bewaffnen, und so weiter. Alle diese Maßnahmen der Regierung der Vereinigten Staaten gelten den Kommunisten als unvereinbar mit einer wahren Bereitschaft, zu den Grundsätzen der friedlichen Koexistenz zu stehen.

Der Schreiber dieser Zeilen hat in den letzten Jahren seine eigenen Differenzen mit der Militärpolitik der westlichen Koalition ausgefod-

ten. Er ist der Meinung, daß diese Politik unter manchen Verzerrungen litt. Sie spiegelte oft eine gewisse Fehleinschätzung der wirklichen Natur des Problems, mit dem sie es zu tun hatte. Gelegentlich sah es so aus, als ließe man sich die Militärpolitik von Auffassungen über die sowjetischen Absichten vorschreiben, die jedem, der sich in der Geschichte und Psychologie der Sowjetmacht auskennt, nur bizarr und einseitig erscheinen können, da sie eher auf den Erinnerungen alter Gegnerschaft als auf einer leidenschaftslosen Studie der russisch-kommunistischen Prinzipien und Taktiken fußen. Zeitweise hat sich der Westen einseitig und ungesund auf einzelne Waffenkategorien festgelegt. Manchmal zeigte er ein übertriebenes Vertrauen zu der Devise des Militärbündnisses, als sei es ein Allheilmittel für alle politischen Übel, als existiere keine andere Gefahr als die direkter militärischer Aggression. Eine derartige Politik führte mehr als einmal zu militärischen Planungen, die zwar in ihrer Motivierung defensiv waren, dem möglichen Gegner aber sehr wohl als Ausdruck einer Absicht erscheinen konnten, die Feindseligkeiten in dem einen oder anderen Stadium selbst auszulösen.

Das alles ist wahr; aber keiner dieser Faktoren für sich genommen, noch alle zusammen rechtfertigen die extreme Interpretation, die Moskau darauf aufbaut. Die Sowjetführer sind offenbar nicht gewillt oder unfähig, das wahre Ausmaß des Schocks ernsthaft in Rechnung zu stellen, den die westliche Öffentlichkeit erlitt, als Rußland seine militärische Position in Ost- und Mitteleuropa 1945 bis 1948 zur politischen Expansion ausnutzte; als Rußland sich weigerte, dem Beispiel der Demobilisierung der westlichen Armeen zu folgen; als die Kommunisten in Westeuropa 1947 und 1948 zum politischen Angriff übergingen; als sie Berlin blockierten und (das war der Höhepunkt) als sie den Koreakrieg vom Zaun brachen. Den Völkern des Westens schienen diese Aktionen eine in ihrer Absicht nicht weniger bedrohliche Feindseligkeit widerzuspiegeln, als es Drohungen mit einer offenen militärischen Aggression gewesen wären. Da alle genannten Dinge unmittelbar im Gefolge des Zweiten Weltkrieges passierten, da sie somit auf bereits zerrütteten Nerven und auf Gemütern stießen, die nach frischen Erfahrungen besonders zu Furcht neigten, war das Resultat nicht überraschend: sehr viele Menschen im Westen gewannen den Eindruck, daß die Sicherheit Westeuropas, das gerade eine furchtbare Bedrohung abgeschüttelt hatte, nun einer neuen, kaum geringeren Herausforderung ausgesetzt sei. Es ist ebensowenig überraschend, daß die Völker auf diesen Eindruck mit der energischen Anstrengung reagierten, im Rahmen eines westlichen Bündnisses einiges von der bewaffneten Macht wiederherzustellen, die sie unmittelbar nach dem Krieg so hastig und vertrauensvoll demobilisiert hatten. Die Geschichte Europas sagt aus, soweit historische Erinnerung zurückreicht, daß Gefahr für eine Nation im allgemeinen mit der Bewegung von Armeen über Landgrenzen hinweg verbunden war. So ist es wohl nur natürlich, daß die kontinentalen Völker von einer Invasions-Manie besessen sind und im Aufbau defensiver Militärmacht ein Schutzmittel gegen feindlichen Druck sehen, der heute viel subtilere und raffiniertere Formen kennt als reguläre militärische Aktion.

In den Fragen, die von sowjetischer Seite über die militärische Rivalität aufgeworfen werden, ist Raum für Diskussion und Raum für Kompromisse. Aber die absichtlich falsche Interpretation und die Verzerrung des Themas, auf der die Leute in Moskau stur beharren, dient keinem

2) a. a. O. Bd. 21, S. 262.

nützlichen Zweck. Die Unterstellung, es gebe im Westen eine erkennbare oder ernstzunehmende Gruppe von Menschen, die unmittelbar nach dem Grauen von 1939–1945 nach neuen Orgien des Blutvergießens und Gemetzels dürsten, ist zu absurd, als daß sie auch nur für einen Augenblick Geltung beanspruchen dürfte. Besonders die Behauptung, Bundeskanzler Adenauer sei einer dieser Menschen, ist so offensichtlich absurd, so völlig ohne jeden Zusammenhang mit dem ganzen Gewebe politischer Realitäten im heutigen Deutschland und so verfehlt in ihren offenkundigen Absichten und Folgerungen, daß ihre dauernde Wiederholung durch Moskau all jene Menschen im Westen schwer entmutigt, die auf eine bessere Verständigung hoffen.

Grenzen des Wirtschaftsaustauschs

Als eine weitere Komponente der kommunistischen Forderungen im Namen der friedlichen Koexistenz nennt Chruschtschow das „Wachstum eines intensiven und völlig unbehinderten internationalen Handels“. Ideologische Differenzen sollten, so heißt es, kein Hindernis für die Entwicklung des Handels bilden. Ohne solchen Handel dürfe man nicht erwarten, daß das internationale Leben sich normal entwickelt.

Vom Westen her gesehen, ist das ein sonderbares und einigermaßen amüsanter Versuch. Wenn der Handel zwischen der Sowjetunion und nichtkommunistischen Ländern so geartet wäre, daß er die normalen Vorteile mit sich bringt, die sonst aus wirtschaftlichen Kontakten entstehen — intensiver gegenseitiger Reiseverkehr und Niederlassung von Geschäftsleuten im anderen Land, Herstellung enger persönlicher Kontakte und Verbindungen, kurz eine Verzahnung nicht nur des Wirtschaftslebens, sondern auch der Menschen zweier Länder wenigstens in einem bestimmten Berufsmilieu — dann könnte man das Handelsproblem als irgendwie relevant für die Frage der friedlichen Koexistenz anerkennen. Aber bekanntlich besitzt die Sowjetregierung ein Außenhandelsmonopol, führt die meisten ihrer Transaktionen mit dem Ausland selbst durch und verweigert im allgemeinen ausländischen Kaufleuten das Recht, sich auf sowjetischem Boden niederzulassen und Geschäfte zu tätigen. Sie ergreift höchst vielseitige und ungewöhnliche Maßnahmen, um zu verhindern, daß Sowjetbürger ständige persönliche Beziehungen mit Ausländern anknüpfen, sei es durch Geschäftskontakte oder auf andere Weise.

Unter derartigen Umständen, so mag man einräumen, beziehen sich die Vorteile eines gesteigerten internationalen Handels auf den direkten Nutzen für die Wirtschaft der Partnerstaaten. Daß ein solcher Nutzen denkbar ist, wenigstens in bescheidenen Ausmaßen, wird niemand bestreiten. Aber Chruschtschow selbst leugnet, daß er für die Sowjetunion irgendeine lebenswichtige Bedeutung habe. Er schreibt: *„In unserer ökonomischen Entwicklung verlassen wir uns ganz auf die inneren Kräfte unseres Landes, auf unsere eigenen Reichtümer und Möglichkeiten . . . Unabhängig davon, ob wir mit westlichen Ländern Handel treiben oder nicht, . . . die Erfüllung unserer Wirtschaftspläne wird nicht die leiseste Behinderung erfahren.“* Was nun die Vereinigten Staaten angeht, so ist kaum anzunehmen, der Handel mit Rußland könne für sie stärker ins Gewicht fallen als für die Russen. Außer in Kriegszeiten war der Handel zwischen Rußland und den Vereinigten Staaten nie sehr bedeutend, weder in der Zaren- noch in der Sowjetzeit. Die Dinge, die Rußland normalerweise zu verkaufen hat, erregen wirklich keine Sensation in der amerikanischen Wirtschaft, und das gleiche gilt für die neuesten Angebote im Verkaufsprogramm des sowjetischen Außenhandels-Monopols.

Außerdem müssen die westlichen Regierungen nicht nur die möglichen Vorteile des Handels mit einem fremden Handels-Monopol berücksichtigen, sondern auch seine möglichen Gefahren. Auf sowjetischer Seite wird dieser Handel von einer großen Regierung kontrolliert und genormt, die ebenso politische wie wirtschaftliche Interessen zu verfolgen

hat. Da das so ist, genügt der bloße gegenseitige ökonomische Vorteil nicht als Garantie für die Stabilität, wie das im Handel zwischen Ländern mit einer freien Wirtschaft der Fall ist. Insbesondere gilt das, wenn die Regierung gleich zu Anfang darauf pocht, wie wenig sie von diesem Handel abhängig ist, wie gut sie auch ohne ihn auskommt. Die nichtkommunistischen Regierungen haben immer mit der Möglichkeit zu rechnen, daß ein sorgsam im Laufe vieler Jahre aufgebauter Handelsaustausch, der westliche Firmen in bedeutendem Umfang bindet, ganz plötzlich durch einen Umschwung in der Verkaufspolitik der anderen Seite beendet wird — aus Gründen, die mit wirtschaftlichen Vorteilen nicht das geringste zu tun haben. Solche Dinge sind geschehen. Und selbst wenn sie in der Vergangenheit nicht geschehen wären, wäre niemand sicher, daß sie in der Zukunft nicht geschehen könnten. Diese Ungewißheit, die sich aus dem Fehlen des normalen Gleichgewichtsfaktors — des kommerziellen Selbstinteresses — auf der einen Seite für den internationalen Handel ergibt, bedeutet nicht, daß Handel mit der Sowjetunion nie gesichert oder wünschenswert wäre; aber sie setzt seinen Möglichkeiten doch deutliche Grenzen.

Man darf wohl annehmen, daß die Betonung dieses Punktes durch Chruschtschow und andere sowjetische Sprecher damit zusammenhängt, daß der Wunsch nach einer Ausweitung der Handelsbeziehungen oft (und besonders in der Geschichte der sowjetischen Diplomatie) das Vorspiel zu einer politischen Annäherung oder Entente zwischen zwei Mächten ist. Aber es wäre schwierig, die Amerikaner von einem solchen Sinn der Handelspolitik zu überzeugen. In der amerikanischen Tradition bedeutet Handel ein Mittel, um echte ökonomische Bedürfnisse zu befriedigen, nicht um politische Gefühle auszudrücken.

In den letzten Jahren wies die amerikanische Haltung in Fragen des Ost-West-Handels gewisse Merkmale auf, die von manchen Leuten in den mit uns verbündeten Ländern und auch von manchen Amerikanern als Verzerrung empfunden wurden: als Ausdruck einer unangemessenen Zaghaftheit gegenüber der Kritik im eigenen Haus oder als übertriebene Vorstellung von den Auswirkungen des Handels auf die militärischen Rüstungen der Sowjets. Wenn eine Überprüfung dieser Haltung in sowjetischen Augen eine Bedeutung hätte, die wirklich zum Nachlassen internationaler Spannungen beitrüge, dann sollte man den Vorschlag in Washington nicht leichthin zurückweisen.

Aber selbst im Falle einer solchen Überprüfung hätten wir es immer noch mit der Tatsache zu tun, daß in Moskau ein Außenhandels-Monopol besteht und daß damit Handelsbedingungen gegeben sind, die sich erheblich von den im Westen üblichen unterscheiden. Das macht einen kommerziellen Austausch nicht möglich; es verhindert nicht einmal ein beträchtliches Anwachsen des sowjetisch-amerikanischen Handels über seinen bisherigen Umfang hinaus. Aber es setzt den vernünftigen Erwartungen des Westens eine Grenze. Und diese Grenze ist so gezogen, daß man kaum erkennen kann, wie der Außenhandel jemals ein wirklich wichtiger Faktor in der Frage der friedlichen Koexistenz werden sollte.

Zweierlei Wahrheit?

Eine letzte Überlegung. Wieder handelt es sich um relative Werte; aber wir werden mit den Schwierigkeiten, die den Kern der Spannung zwischen kommunistischer und nichtkommunistischer Welt bilden, niemals fertig, wenn wir relative Unterschiede ignorieren. Ich meine den Wahrheitsbegriff, der in Moskau herrscht (um von Peking gar nicht zu reden); er ist dem Wahrheitsbegriff in den meisten anderen Teilen der Welt entgegengesetzt.

Wir haben uns alle daran gewöhnt, nicht nur aus den Sprachrohren der kommunistischen Propagandamaschine, sondern auch von den Lippen respektabler sowjetischer Staatsmänner Behauptungen zu hören, die so offenkundig absurd sind oder in so flagrantem Widerspruch zu bekannten Tatsachen stehen, daß kein Kind an sie glauben kann. Wenn wir ernst nehmen sollen, was von sowjetischer Seite auf uns zukommt, müssen wir zum Beispiel glauben, daß Rußland seit über vierzig Jahren von einer Schar Menschen regiert wird, die sich so grundlegend von allen vormals oder anderswo existierenden Sterblichen unterscheiden, daß sie in diesem ganzen Zeitraum nie einen Irrtum begingen, nie ein Problem falsch analysierten, nie von anderen Gefühlen gelenkt wurden als von selbstlosester Hingabe an das Wohl ihrer Mitmenschen. Das sollen wir glauben ohne Rücksicht auf die Tatsache, daß im Laufe der gleichen Jahre eine ganze Anzahl derselben Leute, also ein Teil der angeblich allweisen Führung, plötzlich von ihren Kollegen als verräterische Verbrecher gebrandmarkt und entsprechend behandelt wurde. Gleichzeitig verlangt man von uns, der These beizupflichten, daß in den westlichen Ländern (vielleicht mit ein oder zwei Ausnahmen) in einer ebenso bemerkenswerten Koinzidenz ausschließlich unverfälschte Schurken herrschen: entweder blutdürstige, habgierige Kapitalisten oder die rückgratlosen Lakaien von Kapitalisten. Beispiele ließen sich in jeder gewünschten Länge zitieren. Man denke nur an die blanken Verdrehungen der historischen Wahrheit, die sich dauernd in sowjetischen außenpolitischen Dokumenten finden: Behauptungen etwa über den Ausbruch des Koreakrieges, den Ursprung der Schwierigkeiten in Süd-

ostasien, die Motive der sowjetischen Aktion in Ungarn und dergleichen.

Ein charakteristisches, besonders ernstes Beispiel dieses unverantwortlichen Umspringens mit objektiven Tatsachen finden wir in der anti-amerikanischen Kampagne der letzten Jahre. Wenn sie auch vor Stalins Tod ihren Höhepunkt erreichte, so hörte sie doch leider danach nicht völlig auf. Die westliche Öffentlichkeit nimmt im allgemeinen kaum zur Kenntnis, welches phantastisch verzerrte Bild der Vereinigten Staaten die Partei-Kontrollleure der Informationsmittel in den vergangenen zehn Jahren der sowjetischen Öffentlichkeit und besonders der sowjetischen Intelligenz vorgesetzt haben. Selbst heute noch wird ein Amerika-Bild kultiviert, in dem auch solche Amerikaner, die vielen Lebensäußerungen unserer Gesellschaft kritisch gegenüberstehen, ihr Land nicht wiedererkennen würden — ein Bild, in dem die wirklichen Mängel der amerikanischen Zivilisation übrigens ebensowenig Beachtung finden wie ihre wirklichen Leistungen. Propaganda ist Propaganda. Aber sie hat ihre Grenze, wie alles in der Welt. Was sollen wir aus der Propagierung solcher phantastischen Verzerrungen über die Vereinigten Staaten schließen? Daß die Sowjetführer wirklich daran glauben? Oder wissen sie, daß es Verzerrungen sind, finden es aber trotzdem in Ordnung, daß Sowjetbürgern zugemutet wird, sie für war zu halten? Beides hätte höchst fragwürdige Auswirkungen auf das Problem der friedlichen Koexistenz.

Es ist auch nicht sehr beruhigend für die Menschen im Westen, wenn man ihnen versichert, sobald einmal die Spannungen gemildert und die militärischen Rüstungen eingeschränkt seien, werde dieser Strom absichtlicher Verdrehungen so geheimnisvoll und plötzlich versiegen, wie er einst ausbrach. Die Menschen in den Vereinigten Staaten haben an ihrer Zivilisation viel zu korrigieren, aber wenig zu verheimlichen. Sie sind ebensowenig daran interessiert, von anderen mit kritischen Bemerkungen über die amerikanische Lebensweise künstlich verschont, wie absichtlich mit Schmutz beworfen zu werden. Das Urteil mag so kritisch und skeptisch sein, wie es will — vorausgesetzt nur, daß es ehrlich ist!

Moskaus totale Rechthaberei

Können wir bei der Diskussion des Koexistenz-Problems die Auswirkungen einer solchen Haltung gegenüber der objektiven Wirklichkeit ignorieren — einer Haltung, die nicht nur den professionellen sowjetischen Propagandisten eigen ist, sondern der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und der aus der Partei hervorgehenden politischen Führung insgesamt? Es wird immer schwierig sein zu wissen, wieweit man Leuten vertrauen darf, die offenbar entweder andere oder sich selbst wohlüberlegt betrügen. Ist es zuviel verlangt, die Sowjetführer möchten jetzt ihren byzantinischen Dogmatismus im politischen Denken und Reden fallen lassen, der sich vielleicht in den frühen Tagen der militant-revolutionären Partei rechtfertigen ließ, als sie noch in Rußland um ihren Aufstieg kämpfte, der aber fehl am Platze ist, wenn eine mächtige Regierung als reife und verantwortliche Kraft im Weltgeschehen ernst genommen sein will? Sicher wird heutzutage kaum jemand durch solche absurden Überspanntheiten getäuscht. Aber für viele Menschen in der nichtkommunistischen Welt sind die dauernd wiederkehrenden Beweise einer verantwortungslosen Haltung gegenüber der Wahrheit eine ständige Quelle des Zweifels an den Chancen einer gesunden und dauerhaften Koexistenz zwischen kommunistischer und nichtkommunistischer Welt. Was kann Verständigung im Einzelfall wert sein, so fragen sie, wenn die tieferliegenden Vorstellungen und Überzeugungen so grotesk auseinanderklaffen? Wenn die Sowjetführer uns wirklich für so böse halten, wie sie uns ihrem eigenen Volk schildern — wie können sie dann ehrlich an die Möglichkeit friedlicher Koexistenz

mit uns glauben? Wenn sie aber ihr eigenes Volk absichtlich belügen, wie sollen wir ihnen dann Vertrauen schenken?

Was wir von Moskau verlangen, ist keineswegs die kritiklose Übernahme anderer Standpunkte. Aber wir möchten in den Erklärungen sowjetischer Führer und in dem unter ihrer Leitung produzierten Propagandamaterial wenigstens ein vernünftiges Bemühen erkennen, das von ihnen gezeichnete Weltbild mit der objektiven Evidenz in Übereinstimmung zu bringen. Solange die Führer der KPdSU daran festhalten, daß Wahrheit ist, was den Interessen der Partei nützt, und daß die Leute es zu glauben haben ohne Rücksicht darauf, wie unsinnig und absurd es im Lichte objektiver Evidenz erscheinen mag — solange sie fortfahren zu leugnen, daß eine objektive Wirklichkeit existiert, und sich folglich in keiner Weise verpflichtet fühlen, sie zu verstehen und zu respektieren — solange werden selbst solche Menschen in anderen Teilen der Welt, die eine Koexistenz im Sinne der Chruschtschowschen Definition ernstlich wünschen, ihren Hoffnungen und Erwartungen Zurückhaltung auferlegen müssen. Die Straße zur friedlichen Koexistenz führt zugestandenermaßen durch viele Tore; aber eines von ihnen heißt Verzicht der russischen Kommunisten auf den absurden Anspruch, daß ihre Partei die menschlichen Bedürfnisse immer in vollendeter Weise verstanden und nie einen Irrtum begangen habe.

Wenn Moskau es mit dem Programm der friedlichen Koexistenz ehrlich meint und zu diesen Zweck bereit ist, eine generelle Berichtigung

der Haltungen und Praktiken — auf *beiden* Seiten — ins Auge zu fassen, die den gefährlichen, als Kalter Krieg bekannten Zustand der Weltpolitik erzeugt haben oder von ihm erzeugt wurden, dann wird es nicht an Menschen in den Ländern außerhalb des kommunistischen Machtbereichs fehlen, die bereit sind, ihren Einfluß in den Dienst dieser Entwicklung zu stellen, und sei es auch um einen beträchtlichen persönlichen Preis. Denn nicht allein in Rußland hat man das Ausmaß der Gefahr erkannt. Aber wenn man sich in Moskau einbildet, alle Berichtigungen hätten nur auf westlicher Seite stattzufinden, dann wird kaum jemand oder niemand bei uns in der Lage sein, etwas Nützliches für ein Vorankommen der Koexistenz über den gegenwärtigen unsicheren Zustand hinaus zu tun.

Könnten wir nicht endlich *alle* den Anspruch auf totale Rechthaberei beiseite lassen und ein gewisses Maß an Verantwortung für den ver-

schlungenen Geschichtsablauf zugeben, der die Welt in den heutigen Gefahrenzustand gebracht hat? Könnten wir nicht, wenn das einmal erreicht ist, die Frage ruhen lassen, wessen Verantwortung schwerer wiegt, und uns endlich ernsthaft und ohne gegenseitige Vorwürfe auf die Beseitigung der zentralen und unerträglichsten Elemente der Gefahr konzentrieren?

Anmerkung:

George Frost Kennan, amerik. Diplomat. Geb. 16. 2. 1904 in Milwaukee, 1933—37 an der Botschaft in Moskau, 1938/39 in Prag, 1939 in Berlin. 1940 Begleiter Summer Welles durch die europ. Hauptstädte; danach an der Botschaft in Lissabon. 1944 polit. Ratgeber des amerik. Botschafters in Moskau; 1947—49 Leiter der Planungsabteilung des Außenamts. Von Mai bis September 1952 Botschafter in Moskau. Abberufung nach heftigen russ. Angriffen.

DEAN G. ACHESON

Die Gefahr des Verhandeln mit Moskau

Vortrag vor der Parlamentarierkonferenz der NATO in Washington am 18. November 1959. Der deutsche Text ist mit freundlicher Genehmigung der Herausgeber der Zeitschrift „Schweizer Monatshefte“ entnommen

Was hätte wohl ein künftiger Historiker bei der Betrachtung unseres Zeitalters am Ende der 1950er Jahre zu sagen? Ich glaube, er würde vor allem nachweisen, daß das nunmehr abgeschlossene Jahrzehnt ein Wendepunkt in der Geschichte war. Er würde zunächst zurückschauen auf die erste Hälfte dieses Jahrhunderts und feststellen, daß diese fünfzig Jahre das Vorspiel der Revolutionen und Wandlungen waren, durch welche die Weltordnung des 19. Jahrhunderts zerstört und der Niedergang jener Weltreiche herbeigeführt wurde, die diese Ordnung geschaffen und aufrechterhalten hatten. Er würde weiter ins 19. Jahrhundert zurückschauen und eine Beobachtung von großer Bedeutung machen. Er würde nämlich sehen, daß sich der Schwerpunkt der Macht in Europa ständig weiter nach Osten verlagert hat. Er würde feststellen, daß Frankreich zu Beginn des 19. Jahrhunderts Europa beherrschte, bis sich eine Koalition bildete, die Frankreich mit gleicher Macht gegenüber treten konnte. Ein Jahrhundert später würde er das Zentrum der Macht in Deutschland erblicken und nochmals fünfzig Jahre später weiter ostwärts in Rußland.

Der künftige Historiker würde alsdann sehen, daß die USA in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts zweimal ihr ganzes Gewicht in die Waagschale werfen mußten, um die in Europa dominierende Macht daran zu hindern, ihre Herrschaft über den ganzen Kontinent und die Meere auszudehnen. Er würde ferner bemerken, daß Amerika, kaum war der Zweite Weltkrieg zu Ende, ein drittes Mal eingreifen mußte, um mit Westeuropa zusammen ein Mächtegleichgewicht, eine neue Stabilität herzustellen, mit dem Zweck, die Hegemonie der Sowjetunion zu verhindern. Er würde erkennen, daß dies durch eine Reihe ungewöhnlicher Schritte ermöglicht wurde. Durch Hilfe an Griechenland und die Türkei wurde die Freiheit und Unabhängigkeit im östlichen Mittelmeer geschützt. Durch den Marshallplan wurde Westeuropa wieder aufgerichtet, und Deutschland erstand aus dem Zusammenbruch und Chaos des Krieges. Durch den Nordatlantikplan schließlich wurde der Anfang eines Verteidigungswerkes in Europa geschaffen. Der Historiker wird es zweifellos für erstaunlich halten, daß diese weitreichenden Handlungen in der kurzen Zeitspanne zwischen 1945 und der Mitte des folgenden Jahrzehntes vollbracht wurden.

Der künftige Historiker würde ferner feststellen, daß die Macht der Sowjetunion sich ständig vergrößerte und sich in China eine neue Macht bildete. Beim Blick auf das Ende des abgelaufenen Jahrzehntes müßte er zum Schluß kommen, daß die Ereignisse zu einer Entscheidung drängten. Er würde sehen, daß die Entscheidung nach zwei Richtungen gehen konnte. Die eine Möglichkeit war, in der Welt ein neues Gleichgewicht entstehen zu lassen, welches eine gewisse Stabilität gewährleistete, solange die Gefahren des Atomzeitalters noch nicht in unsere Kontrolle gebracht waren. Die andere Möglichkeit war, daß dieses Gleichgewicht

nicht entstand, und das Jahrzehnt, an dessen Schwelle wir stehen, das Jahrzehnt der beginnenden Sowjetherrschaft wurde.

Der künftige Historiker wird sehen, daß in Westeuropa und Nordamerika eine Produktionskapazität und ein Menschenarsenal bestand, das dreimal so groß war wie dasjenige der Sowjetunion und ein Gegengewicht gegen die Macht Sowjetrußlands zu bilden vermochte. Es wird ihm ganz klar sein, daß Europa allein ein solches Gegengewicht nicht bilden konnte und die USA allein keinen genügend großen Raum für die Aufrechterhaltung der Freiheit darstellten. Er würde sehen, daß das Bündnis zwischen Westeuropa und Nordamerika für beide eine Notwendigkeit ist und die Möglichkeit eines solchen Bündnisses vorhanden ist, aber er wird sich fragen: War an diesem Wendepunkt der Wille zum Bündnis zwischen Westeuropa und Nordamerika wirklich vorhanden?

Wenn er auf Grund der gegenwärtigen Politik unserer Staaten urteilen würde, so müßte er schließen, daß dieser Wille nicht vorhanden war. Vielleicht würde er annehmen, daß die erforderlichen Maßnahmen in unseren Staaten nicht verstanden wurden. Dies halte ich allerdings für unwahrscheinlich, denn die zutreffenden Maßnahmen sind so offensichtlich, daß sie jedermann verstehen muß. Sie bestehen in der Schaffung einer Atommacht, die in der Lage ist, einen Angriff durch einen Gegenschlag von unerhörtem Ausmaß zu erwidern. Diese Maßnahme wird dem künftigen Historiker zweifellos als unbedingte Notwendigkeit erscheinen, solange wir nicht durch Abkommen oder internationale Institutionen diese gewaltige Waffe unter Kontrolle gebracht haben. Er wird jedoch sehen, daß das Notwendige nicht getan wurde.

Der Historiker von morgen würde ferner sehen, daß Europa — abgesehen von der Atommacht — eine konventionelle Verteidigungsmacht braucht, an der sich alle Alliierten beteiligen müssen, damit Dritte erkennen, daß sie Europa ihren Willen nur um den Preis eines Atomkrieges auferlegen können, eines Atomkrieges, den sie, wie wir voraussetzen, nicht zu entfesseln wünschen. Er wird sehen, daß ohne eine solche Verteidigungsmacht die atomare Abschreckung im Grunde gar keine Abschreckung ist. Auch in diesem Falle, glaube ich, wird der künftige Historiker feststellen, daß das Notwendige nicht getan worden ist. Ich glaube, er würde zum Schluß gelangen, daß diese beiden Versäumnisse zu einer Machtverschiebung zugunsten der Sowjetunion und zu Ungunsten der nordamerikanisch-europäischen Koalition geführt haben.

Dieser Verschiebung der machtpolitischen Verhältnisse kann nun auf zwei Arten begegnet werden. Entweder wird ihre Ursache behoben oder man erklärt, der sowjetische Machtzuwachs sei ohne Bedeutung — und dies kann man nur tun, wenn man glaubt, die russischen Absichten seien harmloser Natur oder zumindest nicht so gefährlich, daß Vorsichts-

maßnahmen angezeigt wären. Anscheinend besteht in den meisten unserer Länder eine solche Meinung und führt zur Forderung nach einem Ausgleich auf dem Verhandlungswege.

Verhandeln ist so alt wie die Diplomatie. Es bedeutet, miteinander zu sprechen, um zu einer Vereinbarung zu gelangen. Verhandeln ist ein gutes Ding. Wesentlich ist aber nicht, daß man verhandelt, sondern w^oüber man verhandelt. Leider hat sich eine Art Glaubensgrundsatz gebildet, daß Verhandeln an sich eine Tugend sei. Einer der Hohepriester dieser Auffassungen schrieb kürzlich: *„Wir brauchen bei Verhandlungen nicht weicht und töricht zu sein, aber ich möchte wünschen, daß wir in die Zukunft blicken und wieder so dastehen, wie es in unseren besseren Tagen der Fall war dank denen, die den Mut zur Hoffnung und zum Glauben haben.“*

Soll Chruschtschow die Verhandlungsgegenstände bestimmen?

Betrachten wir kurz die Probleme, über die wir verhandeln sollen. In erster Linie müssen wir feststellen, daß Chruschtschow, nicht wir, die Verhandlungsgegenstände bestimmt. Darin liegt an sich schon ein beträchtlicher diplomatischer Erfolg. Überdies ist der Mann, der die Verhandlungsgegenstände bestimmt, seinem wahren Ziel bereits sehr nahe gekommen. Sein Angriff richtet sich gegen das Herz der NATO und gegen die Schaffung eines Gegengewichtes gegen die russische Macht. Nach Chruschtschows Meinung ist das Abkommen von Potsdam null und nichtig; alliierte Truppen in Berlin sind rechtswidrig und schädlich und sollten deshalb sofort zurückgezogen werden. Die Stadt sollte unter internationalen Garantien eine freie Stadt werden. All dies soll auf dem Hintergrund eines – wie Chruschtschow es nennt – entmilitarisierten Deutschland geschehen, aus dem alle fremden Truppen abgezogen werden. Der westliche Teil Deutschlands hätte aus der NATO auszutreten, der östliche aus dem Warschauer Pakt.

Dies sind die Gegenstände, über die wir verhandeln sollen. Berlin soll dabei das Symbol und Vorspiel des Zusammenbruchs sein, den Chruschtschow herbeizuführen sich bemüht.

Nun bitte ich, sich zu überlegen, was es bedeutet, über diese Fragen zu verhandeln mit dem Ziel, zu einer Einigung zu kommen. Was kann dabei herauskommen?

Wollen wir Berlin von den Vereinten Nationen garantieren lassen? Im vorliegenden Fall würden nur wir selbst und einige weitere Staaten die Vereinten Nationen bilden. Die Vereinten Nationen als Garantie für Berlin sind bereits heute vorhanden. Ich glaube nicht, daß dies eine befriedigende Lösung wäre. Es ist auch empfohlen worden, die britischen, französischen und amerikanischen Truppen in Berlin durch Truppen der UNO zu ersetzen. Dies würde bedeuten, die Truppen der stärksten Staaten der westlichen Welt durch solche der schwächsten Neutrals zu ersetzen.

Vor nicht allzu langer Zeit erklärte in Washington einer der geachtetsten und klügsten Amerikaner im Hinblick auf Berlin: *„Für eine Großstadt ist es höchst abnormal, auf diese Weise zu leben – in sich gespalten, zu drei Vierteln von der Umwelt abgeschnitten, zu einem Teil wenigstens von der Anwesenheit fremder Garnisonen abhängig. Diese Situation liegt weder im Interesse der Bevölkerung noch im Interesse des Weltfriedens. . . . Die Westmächte selbst haben kein Interesse daran, eine derartige Situation dauernd bestehen zu lassen.“* Er schloß mit folgenden Worten: *„Nichts wäre absurder als die Behauptung, daß dies eine befriedigende Situation ist, welche Aussicht auf Dauerhaftigkeit hat und deren Andauern wir wünschen könnten.“*

Welches wären aber die Bedingungen, die der Bevölkerung von Berlin nützlicher und den Interessen des Westens förderlicher wären als die heutigen? Der erwähnte Amerikaner würde wohl erwidern: Diese Bedingungen sind die Einigung Deutschlands durch Rückzug der ameri-

In dieser Sicht ist Verhandeln etwas Geheiligt. Die Verhandlungsbereiten sind die Tugendhaften, die in die Zukunft blicken, hoffen und glauben. Sie werden in Gegensatz gestellt werden zu denen, die an die Vergangenheit glauben, keine Hoffnung haben und sich im Zustand ständiger Furcht befinden. Sicherlich ist dies keine vernünftige Auffassung.

Richtig ist, daß wir stets verhandlungsbereit sein sollen, sofern der Ausgang der Verhandlungen für beide Seiten nützliche Ergebnisse zeitigen kann. Wenn aber Verhandeln bedeutet, daß man eine Niederlage mit der Fassade des Einverständnisses verdeckt, dann eignet sie sich nicht für uns. Wenn schon eine Niederlage unvermeidlich ist – und ich glaube nicht, daß sie dies ist, sofern wir die entsprechenden Maßnahmen ergreifen –, dann soll es eine ehrliche und klare Niederlage sein, die wir alle verstehen und aus der wir lernen können.

kanischen Truppen. Er würde hinzufügen: Durch Rückzug aus Deutschland. Der Rückzug aus Deutschland wäre jedoch gleichbedeutend mit einem Rückzug aus Europa, denn westlich des Rheins bestände kein strategischer Raum mehr für diese Truppen. Frankreich wäre nicht bereit, diese Truppen in sein Gebiet aufzunehmen. Es ist zudem völlig klar, daß die heute in Deutschland befindlichen militärischen Einrichtungen nicht nach Frankreich verlegt und dort neu erstellt werden könnten, denn die Kosten dafür würden die Möglichkeiten sowohl der USA als auch Frankreichs übersteigen. So würde der Rückzug aus Deutschland bedeuten, daß diese Truppen in die USA zurückgezogen würden. Diese Tatsache stört nun viele Verfechter dieser Idee keineswegs. Sie erklären: Es liegt eben im Sinne des Disengagements, daß wir uns zurückziehen. In Wahrheit würde ein solcher Rückzug bedeuten, daß der Versuch, ein Gegengewicht zur Sowjetmacht zu schaffen, gescheitert wäre. Die einzige Möglichkeit der Verteidigung Europas würde alsdann in den Kernwaffen liegen. Wäre dies eine vernünftige Lösung?

Nehmen wir einmal an, unsere europäischen Alliierten erklärten uns einstimmig: Wir glauben, daß die Anwesenheit eurer Truppen nicht mehr notwendig ist, sondern im Gegenteil einer Verständigung mit den Russen im Wege steht. Unsere Regierung würde natürlich sagen: Wenn ihr diese Truppen nicht braucht, kommen sie eben nach Hause.

Nehmen wir aber an, daß unsere Alliierten später einsehen würden, daß sie sich irrten und Rußland ihnen unannehmbare Forderungen stellt, so wäre es denkbar, daß sie zu uns kämen und sagten: Könnt ihr uns nicht helfen? Was könnten wir dann tun? Ich glaube, wir müßten antworten: Die einzige Möglichkeit, euch zu helfen, ist, daß wir der Sowjetunion mit einem Atomkrieg drohen. Sollen wir das tun? Und sie würden uns antworten: Nein, das möchten wir lieber nicht.

Wir würden beistimmen und sagen: Die Drohung mit einem derartigen Angriff auf die Sowjetunion könnte zur Folge haben, daß die Gegenseite zum ersten Schlag ausholt, und das scheint uns, strategisch gesehen, kaum vernünftig.

Müssen wir deshalb nicht zum Schluß kommen, daß wir durch eine solche Handlungsweise jenen Worten in Artikel 5 des Nordatlantikpaktes jede Bedeutung nähmen, die besagen, daß jeder Angriff auf ein Mitglied des Paktes als Angriff auf alle anderen betrachtet wird? Weshalb wurden die amerikanischen Truppen in Europa stationiert? Sie wurden nach Europa verlegt, weil unsere europäischen Alliierten der Meinung waren, die erwähnte Bestimmung des Paktes wäre wirkungslos, wenn in Europa keine amerikanischen Truppen und keine Verteidigungsmacht stehen würden. In diesem Punkt hatten sie in der Tat recht. Hätten die Nationen auf beiden Seiten des Atlantiks eine derartige Verpflichtung wirklich übernehmen wollen, wenn sie keine Möglichkeit gesehen hätten, sie anders als durch einen universellen nuklearen Krieg zu erfüllen?

Über unsere eigene Existenz verhandeln?

Ich möchte mit diesen Ausführungen versuchen, zu zeigen, welcher Natur die Konferenz ist, zu der Chruschtschow uns eingeladen hat. Er lädt uns ein, um über unsere eigene Existenz zu verhandeln. Er schlägt uns in freundlichen Worten vor, die Voraussetzungen unserer unabhängigen Existenz aufzugeben. Er sagt: Sicher können wir doch darüber sprechen. Es handelt sich um eine Angelegenheit, in der ein Kompromiß möglich ist. Ich brauche euch die Gurgel nicht ganz durchzuschneiden. Es genügt, wenn ich sie halb durchschneide.

Dies ist die Lage, in die wir durch die unglaubliche Ansicht versetzt werden, daß jede Art von Verhandlung an sich gut sei.

Ich möchte schließen, indem ich drei Vorschläge äußere. Wir dürfen davon ausgehen, daß die ersten zehn Jahre der NATO eine Periode beträchtlichen Fortschrittes bildeten, obwohl die Schaffung einer gemeinsamen Verteidigungsmacht der Alliierten immer wieder in Frage gestellt wurde, zuerst in den USA anlässlich der „troops for Europe“-Debatte in den Jahren 1951/52, dann in der Debatte über die deutsche Wiederaufrüstung. Kaum sind diese beiden Fragen gelöst, beginnen wir darüber zu debattieren, ob wir ein „Disengagement“ durchführen wollen, nachdem es zehn Jahre dauerte, bis wir das „Engagement“ zustandebrachten. Ich bin deshalb der Meinung, daß die NATO an der Schwelle ihrer zweiten Dekade für die Dauer eines Jahrzehntes beschließen sollte, in Europa eine solide Verteidigungsmacht aufbauen zu wollen, so wie SHAPE sie empfiehlt, alle dazu erforderlichen Anstrengungen und Opfer auf sich zu nehmen und alles zu unterlassen, was damit nicht vereinbar ist.

Zweitens sollte die NATO ihren Blick nach Osteuropa wenden und ihre Politik auf den Zeitpunkt ausrichten, da alle Regierungen in Europa wieder vom Willen ihrer Völker getragen sein werden. Ich spreche nicht von Befreiung und nicht davon, die Regimes in Osteuropa durch Gewalt zu stürzen. Aber ich sage, daß wir öffentlich eindeutig klar machen müssen, daß wir nicht bereit sind, das zu tun, was Chruschtschow von uns will, nämlich die Teilung Europas heute und für die Zukunft zu akzeptieren.

Drittens muß die NATO zum Schluß kommen, daß verhandelt werden muß, und zwar über die Kontrolle der Rüstungen. Dies muß in einer praktischen und vernünftigen Weise geschehen, nicht nach jener phantastischen Idee einer allgemeinen Abrüstung innerhalb von vier Jahren.

Die beiden großen Mächte samt ihren Freunden sollten sich auf ein System einigen, durch das ihr Aktionsradius verringert wird. Dies heißt, daß alle strategischen Atomwaffen unter strikte internationale Kontrolle und Beschränkung gebracht werden. Die konventionellen Streitkräfte, ob sie mit Atomwaffen versehen sind oder nicht, müssen in der Sowjetunion so herabgesetzt werden, daß sie nicht Ursache eines gefährlichen Abenteuers werden können. Ein solches System würde es zulassen, militärische Anlagen zu errichten und zu unterhalten, die bei einem Angriff fast unverletzlich wären, ohne aber ihrerseits einen Angriff zu ermöglichen.

Die Russen wollen heute natürlich nicht hierüber sprechen, weil sie hoffen, daß ihnen ohne Gegenleistung alles in die Hände fallen wird. Aber es scheint mir, daß Chruschtschow, wenn er sich die Lage wirklich überlegte, sehen würde, daß heute noch Zeit vorhanden ist, nicht viel zwar, aber noch genug, um ein Abkommen zwischen der Sowjetunion und ihren Freunden einerseits und den USA und ihren Freunden andererseits über einen solchen Plan abzuschließen, der den Lauf der Welt ändern könnte. Es bleibt uns die Zeitspanne, bis die Atomwaffe Allgemeingut wird. Wenn dies einmal der Fall sein wird, dann, glaube ich, ist uns die Möglichkeit entglitten, ein solches Abkommen zu treffen. Wenn einmal jeder Staat Atomwaffen herstellen kann, scheint mir die Zukunft der Welt düster auszusehen.

Wenn aber einmal irgend etwas Schwerwiegendes geschehen ist, besteht noch die Hoffnung, daß alle Mächte zusammen beschließen, eine wirksame Kontrolle einzuführen, wodurch die Drohung mit jener schrecklichen Vernichtungswaffe, die in 15 Minuten weite Gebiete auf anderen Kontinenten zerstören kann, aufhört und verhindert wird, daß große Armeen durch Europa und Asien rollen und alles Leben auslöschen können. Hier liegt die Hoffnung von Verhandlungen, nicht in dem Versuch, Westeuropa und Nordamerika voneinander zu trennen.

Anmerkung:

Dean Gooderham Acheson, Rechtsanwalt. Geb. 11. 4. 1893 in Middletown. 1941 von Roosevelt als Unterstaatssekretär ins Außenministerium berufen. 1944/45 Sonderbeauftragter auf den Währungskonferenzen von Bretton Woods und San Francisco; 1944—47 Unterstaatssekretär unter Byrnes und Marshall; 1949 Außenminister.

Nachforderungen der Beilagen aus Politik und Zeitgeschichte sind an die Vertriebsabteilung DAS PARLAMENT, Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, zu richten. Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT zum Preis von DM 1,89 monatlich bei Postzustellung einschließlich Beilage ebenfalls nur an die Vertriebsabteilung. Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,— pro Stück einschließlich Verpackung zuzüglich Portokosten an die Vertriebsabteilung Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, Telefon 34 12 51.

POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

AUS DEM INHALT DER NÄCHSTEN BEILAGEN:

- Ernst Deuerlein: „Deutschland in Vorstellung und Aussage des Marxismus-Leninismus“
- Gerhard v. Mende: „Die Situation der Turkvölker in der UdSSR“
- Theodor Schieder : „Die Ostvertreibung als wissenschaftliches Problem“
- Wolfgang Schlegel: „Entwurf eines deutschen Geschichtsbildes in volkspädagogischer Absicht“
- Karl C. Thalheim: „Die Wachstumsproblematik der Sowjetwirtschaft“
- Hans Wenke : „Die Schule vor den Ansprüchen der Gegenwart“
- * * * : „Wer ist wer“ und „Was war wann“ in China
-
-